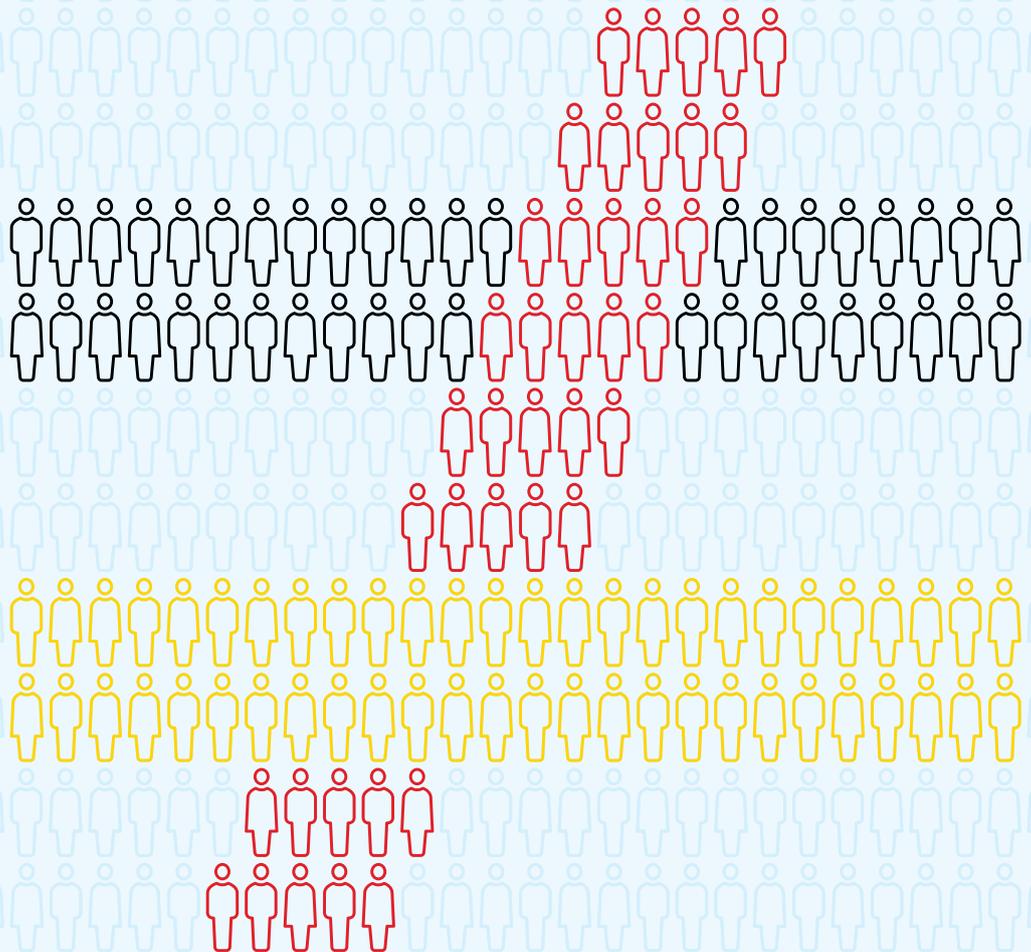


Bastian Heider, Tessio Novack,
Pauline Scheunert, Benjamin Scholz
Juli 2025

Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland

*Demokratiestützende Aspekte
der Daseinsvorsorge*



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung
www.fes.de/apb

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Jonathan Overmeyer

Kontakt

Jonathan Overmeyer
jonathan.overmeyer@fes.de

Bestellungen

apb-publication@fes.de

Lektorat

Sönke Hallmann

Design

Bergsee, blau

Titelbild

Bergsee, blau

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Der dieser Studie zugrunde liegende Datensatz wird nach Abschluss der Auswertungen, sofern vertragliche Regelungen oder interne Richtlinien der Friedrich-Ebert-Stiftung dem nicht entgegenstehen, im Archiv der sozialen Demokratie veröffentlicht. Forschungsdaten veröffentlichen wir unter <https://collections.fes.de>.

Juli 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-754-2

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen



Bastian Heider, Tessio Novack, Pauline Scheunert, Benjamin Scholz
Juli 2025

Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland

Demokratiestützende Aspekte der Daseinsvorsorge

Inhalt

Sozioökonomische und räumliche Dimensionen von Demokratie(un)zufriedenheit und Rechtspopulismus	3
Räumliche Muster der Demokratie(un)zufriedenheit	6
Disparitäten in der Daseinsvorsorge als Einflussfaktoren der Demokratie(un)zufriedenheit	13
Einflussfaktoren der Zweitstimmenanteile der AfD	15
Einflussfaktoren der Entwicklung der Zweitstimmenanteile der AfD	17
Einflussfaktoren der Wahlbeteiligung	20
Objektive vs. subjektive Indikatoren von Daseinsvorsorge und sozioökonomischen Disparitäten	22
Subjektive Zufriedenheit in der Dimension Infrastruktur und Daseinsvorsorge	24
Allgemeine subjektive Zufriedenheit	25
Fazit: Wie kann regionale Daseinsvorsorge zur Demokratiefestigung beitragen?	27
Anhang	30
A: Dokumentation der Indikatoren	30
B: Wertebereiche der Indikatoren	32
C: Unstandardisierte Koeffizienten der Regressionsmodelle	33
Literaturverzeichnis	37
Abbildungsverzeichnis	39
Die Autor_innen	40

Sozioökonomische und räumliche Dimensionen von Demokratie(un)zufriedenheit und Rechtspopulismus

In den vergangenen 10 bis 15 Jahren kam es in Deutschland – wie in vielen europäischen Ländern – zu deutlichen Verschiebungen im politischen Parteiensystem. Sie drücken sich unter anderem in den Erfolgen von zumindest in Teilen antidemokratischen, rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien bei regionalen, nationalen und Europawahlen aus. In Deutschland bildet sich diese Entwicklung insbesondere im Aufstieg der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ab, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 als feste Größe im bundesdeutschen Parteiensystem etablieren konnte. Gestartet als Euro- bzw. EU-kritische Partei hat sich die AfD dabei deutlich radikalisiert. Am 2.5.2025 wurde die Partei vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Die Einstufung wurde dabei vor allem mit dem in der Partei vorherrschenden, auf ethnischer Abstammung basierendem Volksverständnis begründet. Aufgrund einer Klage der Partei hat das BfV die Einstufung allerdings bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung vorübergehend ausgesetzt. Als demokratiegefährdend kann die AfD aber insbesondere auch deshalb eingeschätzt werden, weil sie und ihre Vertreter_innen gezielt und oftmals erfolgreich versuchen, das Vertrauen in bestehende demokratische Prozesse, Medien und Wissenschaft zu untergraben, um so die gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben. Dabei schreckt sie auch vor bewussten Falschinformationen und Verschwörungsmethoden nicht zurück und erreicht vor allem ein Publikum, das sich aus kulturellen, sozialen und ökonomischen Gründen als abgehängt und politisch nicht repräsentiert empfindet (Schroeder/Weßels 2023).

Die wachsende Zustimmung für rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien ist also einerseits Ausdruck von fest verankerten Ressentiments und antidemokratischen Einstellungen in der Bevölkerung, die in der Vergangenheit nicht direkt in Wähler_innenstimmen für Rechtsaußenparteien übersetzt werden konnten. Andererseits ist sie aber auch ein Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und demokratischen Institutionen. Diese Unzufriedenheit resultiert aus einer zunehmenden und als bedrohlich wahrgenommenen sozioökonomischen wie kulturellen Unsicherheit hinsichtlich multipler gesellschaftlicher Krisen (Pandemie, Inflation, Klimakrise, geopolitische Konflikte und Kriege) und Transformationsprozessen (demografischer Wandel, Digitalisierung, Dekarbonisierung) (Hövermann et al. 2021). Wähler_innen von Rechtsaußenparteien sind durch diese Krisen und Prozesse aufgrund ihrer sozioökonomischen Position überdurchschnittlich stark benachteiligt. Sie verfügen im Durch-

schnitt über einen geringeren Bildungsabschluss und ein geringeres Haushaltseinkommen als Wähler_innen anderer Parteien und befinden sich oftmals in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Hövermann 2023). Die negativen Konsequenzen sozioökonomischer Krisen sind für diese Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße spürbar, was bei ausbleibenden staatlichen Ausgleichsmaßnahmen zur Eindämmung sozialer Ungleichheit zu Gefühlen der Vernachlässigung und zu einer wachsenden Anfälligkeit gegenüber populistischen Forderungen und antidemokratischen Ressentiments führen kann (Best et al. 2023).

Unterschiede in der Zustimmung für populistische und autoritäre Parteien zeigen sich nicht nur aus individueller sozioökonomischer Perspektive, sondern werden auch in räumlicher Perspektive sichtbar. Auch wenn sich die Wahlerfolge von Rechtsaußenparteien längst nicht mehr auf ostdeutsche Bundesländer beschränken, gibt es doch signifikante regionale Unterschiede bei der Zustimmung für demokratiefeindliche und autoritäre Parteien und Ansichten. Neben den deutlich überdurchschnittlichen Zustimmungswerten für rechte Parteien und autoritäre Ansichten in den transformationsgeprägten ostdeutschen Bundesländern (Weisskircher 2020; Decker et al. 2023) wären hier auch gravierende Unterschiede zwischen den urbanen Zentren und eher ländlich geprägten Räumen (Stroppe/Jungmann 2022), aber auch zwischen wirtschaftlich dynamischen und stagnierenden altindustriellen Räumen zu nennen (Greve et al. 2023; Dijkstra et al. 2020).

Die Disparitätenstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) haben gezeigt, dass die genannten Raumtypen die sozioökonomischen Disparitäten und ungleichen Lebensverhältnisse in Deutschland zu großen Teilen widerspiegeln (Gohla/Hennicke 2023; Heider et al. 2023). Auch wenn als Gründe für die Wahl rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien oftmals eher bundespolitische Themen, wie die Migrationspolitik oder die Haltung zum Ukrainekrieg, genannt werden, liegt der Verdacht nahe, dass regionale Faktoren, wie Immobilien und Arbeitsmärkte, Unterschiede in der Daseinsvorsorge und die jeweilige sozioökonomische Zukunftsfähigkeit, die Wahlerfolge der AfD wesentlich beeinflussen. In der regionalwissenschaftlichen Literatur wurde dieses Phänomen als „Revenge of the Places that don't matter“ (Rodríguez-Pose 2018; Chamusca 2024) benannt. Ein härter werdender Standortwettbewerb, mit zunehmendem Fokus auf die vor allem in urbanen Gebieten konzentrierten wissensintensiven Industrien, hat demnach zu Peripherisierungsprozessen und mangelnden Zukunftsperspek-

tiven in vielen ländlichen und/oder altindustriell geprägten Regionen geführt. Die daraus resultierende Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung führt infolge zu einer zunehmenden Ablehnung der etablierten Parteien und einem fest verankerten Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen, das den Aufstieg populistischer und demokratiefeindlicher Parteien beflügelt (Essletzbichler et al. 2018). Die regional und strukturpolitischen Einflussfaktoren dieser Zustimmung für demokratiefeindliche Parteien sind auf regionaler Ebene allerdings nur schwer zu isolieren, da sich räumliche Disparitäten in der Daseinsvorsorge und ökonomischen Zukunftsfähigkeit mit möglichen weiteren räumlich ungleich verteilten Faktoren (wie z. B. demografische Indikatoren, Migrationsanteile, historisch-kulturell bedingte Zustimmungswerte für eher konservative oder progressive Positionen etc.) überschneiden. Existierende Studien deuten dennoch darauf hin, dass sich die Wahlerfolge populistischer Parteien auf regionaler Ebene wesentlich durch langfristige Deindustrialisierungs- und Peripherisierungsprozesse erklären lassen (Dijkstra et al. 2020; Greve et al. 2023; Rodríguez-Pose et al. 2024).

Die Stärkung der Demokratie und Bekämpfung politischer Extreme ist diesen Befunden zur Folge nicht nur auf bundespolitischer Ebene relevant, sondern auch ein Thema der Regional- und Strukturpolitik. Räumliche sozioökonomische Disparitäten zu reduzieren und die Daseinsvorsorge in besonders benachteiligten Gebieten zu verbessern könnte somit die empfundene Vernachlässigung und die Zukunftsängste der Bevölkerung in den betroffenen Räumen verringern und den Vertrauensverlust von Politik und demokratischen Institutionen eindämmen. Die Untersuchungen von Gold/Lehr (2024) konnten dahingehend auf europäischer Ebene feststellen, dass Fördermittel aus den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung tatsächlich zu einer Reduktion der Stimmenanteile rechtsextremer Parteien bei Europawahlen in den betroffenen Gebieten beitragen konnten. Die empirische Evidenz hinsichtlich möglicher Zusammenhänge zwischen regionaler Daseinsvorsorge und den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien ist hingegen durchaus widersprüchlich. So weist Diermeier (2020) darauf hin, dass es zwar durchaus statistisch signifikante Zusammenhänge bzw. Korrelationen zwischen unterschiedlichen Indikatoren der regionalen Daseinsvorsorge und Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien gibt, diese aber überwiegend auf grundsätzliche strukturelle Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen zurückzuführen sind. Andererseits konnte Nyholt (2024) auf Grundlage von Zeitreihendaten zu Schul- und Krankenhausschließungen in Dänemark herausfinden, dass diese zu signifikanten Gewinnen an Wähler_innenstimmen für Rechtsaußenparteien führten. Hinsichtlich der ÖPNV-Versorgung stellen Kiess/Dilling (2025) außerdem signifikante Zusammenhänge zwischen tendenziell unterversorgten Gemeinden und AfD-Stimmenanteilen bei der Bundestagswahl 2025 fest.

Hier setzt die vorliegende Studie an und untersucht vertiefend die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Dimensionen der Daseinsvorsorge und Demokratieunzufrieden-

heit. Konkret betrachten wir dafür sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Wahlergebnisse rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Parteien bei der Bundestagswahl 2025 (BTW 2025). Gleichzeitig ist klar: Eine niedrige Wahlbeteiligung und hohe Stimmenanteile für antidemokratische Parteien stellen lediglich zwei mögliche Ausdrucksformen von Demokratieunzufriedenheit dar. Aufbauend auf den Ergebnissen des FES-Disparitätenberichts 2023 soll gezeigt werden, in welchen Raumtypen mit spezifischen sozioökonomischen Herausforderungen die Demokratieunzufriedenheit besonders stark ausgeprägt ist. Ein breites Set an Indikatoren zur Messung sozioökonomischer Disparitäten soll darüber hinaus Aufschluss geben, welche spezifischen Aspekte der Daseinsvorsorge die Demokratieunzufriedenheit negativ oder positiv beeinflussen könnten. Zusätzlich zu den objektiv messbaren Dimensionen der Daseinsvorsorge wird dabei auch auf die Rolle der subjektiv empfundenen Zufriedenheit mit unterschiedlichen Aspekten der Daseinsvorsorge eingegangen. Im Zentrum stehen dabei zwei Fragestellungen: Wie stark fallen die Überschneidungen zwischen objektiv messbaren Indikatoren und der subjektiv empfundenen Zufriedenheit mit unterschiedlichen Aspekten der Daseinsvorsorge aus? Und wie stark überlagern sich beide wiederum mit regionalen Wahlergebnissen?

Die Ergebnisse unserer datengestützten Analysen lassen sich in den folgenden vier Punkten zusammenfassen:

→ **Räumliche Disparitäten in den Lebensverhältnissen spiegeln sich deutlich in den Wahlerfolgen von Rechtsaußenparteien und – mit gewissen Abstrichen – in der Wahlbeteiligung wider.** Mit großem Abstand am erfolgreichsten ist der Rechtspopulismus dabei in den strukturschwachen ländlich geprägten Räumen Ostdeutschlands. Trotz einiger Aufholerfolge, beispielsweise in der Einkommensentwicklung, ist der Stimmenzuwachs für Rechtsaußen hier ungebremst. Die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung in diesen Regionen ist außerdem ein Zeichen dafür, dass sich die Wahlerfolge der AfD dort längst nicht mehr nur auf Protestwählende zurückführen lassen, sondern rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen hier bereits tiefer in der Bevölkerung verankert sind. Mit deutlichem Abstand auf dem zweiten Platz, aber ebenfalls wachsend, liegen bei den Stimmenanteilen rechtspopulistischer Parteien die überwiegend in Westdeutschland gelegenen, altindustriellen Städte mit großen strukturellen Herausforderungen. Hier treffen überdurchschnittliche Zweitstimmenanteile der AfD auf eine stark unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung. Am geringsten ausgeprägt sind die Stimmenanteile für Rechtsaußen hingegen in den ebenfalls überwiegend in Westdeutschland gelegenen, wirtschaftlich dynamischen Großstädten sowie mit etwas Abstand in deren wohlhabenden Umlandkreisen. Beide Raumtypen zeichnen sich zudem durch eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung aus. Trotz dieser eindeutigen Überschneidungen lassen sich aus den räumlichen Mustern nur schwerlich eindeutige kausale Zusammenhänge zwischen ungleichen Lebensverhältnissen

und Demokratiezufriedenheit herleiten, da die gezeigten Disparitäten auch soziokulturelle Unterschiede, etwa zwischen Stadt und Land oder zwischen Ost- und Westdeutschland, widerspiegeln.

- **Indikatoren der Daseinsvorsorge korrelieren zumindest in Teilen signifikant mit Demokratieunzufriedenheit und Wahlerfolgen von Rechtsaußenparteien.** Daseinsvorsorgeindikatoren, wie die Breitbandverfügbarkeit, der Anteil von Schulabgänger_innen mit Hochschulreife oder die Betreuungsquote durch Kitas, weisen robuste statistische Zusammenhänge mit den regionalen Wahlerfolgen der AfD sowie der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2025 auf: je schlechter die Daseinsvorsorge in diesen Bereichen, desto höher die Zweitstimmenanteile der AfD und desto niedriger die Wahlbeteiligung. Diese Zusammenhänge bleiben stabil, auch wenn man den Einfluss anderer Variablen, wie die regionale Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, und räumstrukturer Unterschiede zwischen Stadt und Land, Ost und West mitberücksichtigt. Insbesondere die beiden letztgenannten Zusammenhänge deuten darauf hin, dass Investitionen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur besonders in sozioökonomisch benachteiligten Regionen zur Stärkung der Demokratiezufriedenheit beitragen könnten. Deutliche Zusammenhänge mit den Wahlergebnissen zeigen auch Indikatoren, die die wirtschaftliche und demografische Ist-Situation und Zukunftsperspektiven der Regionen anzeigen (Kaufkraft, Arbeitslosigkeit, Frauenanteil, demografische Überalterung).
- **Die räumlichen Muster und Determinanten der Demokratie(un)zufriedenheit sind in West- und Ostdeutschland stark unterschiedlich.** Während sich unterschiedliche Zustimmungswerte für rechtspopulistische Parteien in Westdeutschland relativ gut durch sozioökonomische und demografische Indikatoren erklären lassen (z. B. Arbeitslosigkeit, Altenquotient, Frauenanteil), spielen diese in Ostdeutschland eher eine untergeordnete Rolle. Unterschiedliche Zustimmungswerte für die AfD und Unterschiede in der Wahlbeteiligung lassen sich im Osten vielmehr durch strukturelle Unterschiede zwischen eher ländlich und eher städtisch geprägten Räumen erklären. Insbesondere bildungsbezogene Indikatoren der Daseinsvorsorge weisen aber in beiden Landesteilen signifikante Zusammenhänge auf.
- **Objektiv messbare Indikatoren der Daseinsvorsorge spiegeln die tatsächliche Wahrnehmung der Bevölkerung und den Einfluss auf die Demokratieunzufriedenheit nur teilweise wider.** Der Vergleich unterschiedlicher Indikatoren der Daseinsvorsorge mit regionalen Befragungsergebnissen aus dem Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung zeigt in einigen Themenbereichen deutliche Abweichungen. So gibt es beispielsweise kei-

nen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der regionalen Dichte an Internist_innen je 100.000 Einwohner_innen und der subjektiv empfundenen Qualität der medizinischen Versorgung. Bei den subjektiven Indikatoren zeigt sich außerdem ein deutlich negativer Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein lebendiger Ortszentren und Zweitstimmenanteilen der AfD. Letzteres lässt sich durch die verfügbaren raumstrukturellen Indikatoren nur unzureichend abbilden.

Im Folgenden werden zunächst die räumlichen Muster der Demokratieunzufriedenheit, gemessen in den Zweitstimmenanteilen der AfD und der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2025, genauer untersucht. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach statistischen Zusammenhängen (Korrelationen) zu räumlichen sozioökonomischen Disparitäten und unterschiedlichen Aspekten der Daseinsvorsorge. Dazu wird die räumliche Verteilung der Wahlergebnisse zunächst kartografisch aufbereitet und mit den unterschiedlichen Raumtypen des FES-Disparitätenberichts 2023 überlagert. Danach folgt eine detaillierte statistische Analyse der Zusammenhänge zwischen Wahlergebnissen und einer breiten Auswahl an Indikatoren der Daseinsvorsorge mithilfe multivariater Regressionsmodelle.¹ Anschließend werden die Ergebnisse mittels regionalisierter Ergebnisse des Gleichwertigkeitsberichts der Bundesregierung ins Verhältnis gesetzt, um zu untersuchen, inwiefern die in dieser Studie verwendeten „objektiv messbaren“ Indikatoren der Daseinsvorsorge mit der subjektiv empfundenen Wahrnehmung vor Ort korrelieren. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und hinsichtlich regionalpolitischer Handlungsempfehlungen zur Stützung von Demokratiezufriedenheit interpretiert. Bei der Interpretation aller hier vorliegenden Ergebnisse ist zu beachten, dass die verwendeten Methoden lediglich Hinweise auf statistische Korrelationen liefern. Diese können dabei helfen, regionale Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Aspekten der Daseinsvorsorge und Demokratieunzufriedenheit aufzudecken, sind allerdings nicht mit tatsächlichen Wirkungsbeziehungen (Kausalitäten) gleichzusetzen. Politische Schlussfolgerungen und konkrete Handlungsempfehlungen sind daher mit Vorsicht zu genießen.

¹ Ein multivariates Regressionsmodell ist eine Methode, mit der untersucht werden kann, wie mehrere Faktoren gleichzeitig, aber getrennt voneinander, ein gewisses Phänomen beeinflussen (In diesem Fall Wahlergebnisse und Wahlbeteiligung).

Räumliche Muster der Demokratie(un)zufriedenheit

Die Widerstandsfähigkeit von und Zustimmung zu bestehenden demokratischen Systemen ist mit regional verfügbaren Daten und Indikatoren nur schwer messbar. Die zuverlässigsten Rückschlüsse hierzu liefern sicherlich repräsentative Befragungen, die jedoch aufwendig sind und sich aufgrund begrenzter Fallzahlen meistens nicht auf die Ebene einzelner Regionen herunterbrechen lassen. In dieser Studie werden deshalb die Wahlergebnisse der Bundestagswahl (BTW) 2025² als indirekter Ausdruck der Demokratiezufriedenheit herangezogen – im Bewusstsein ihrer differenziert zu interpretierenden, aber empirisch plausibel begründbaren Aussagekraft. Zwei Indikatoren erscheinen in diesem Kontext als besonders relevant:

→ Zweitstimmenanteile von Rechtsaußenparteien (AfD):

Als verläSSLicher Indikator für die Demokratieunzufriedenheit können Wahlerfolge stark populistischer und extremistischer Parteien angesehen werden. Während linksextreme Parteien in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit kaum nennenswerte Erfolge verzeichnen konnten, gelang es der AfD seit ihrer Gründung, beachtliche Wähler_innenpotenziale am rechten Rand zu bündeln und ihren politischen Einfluss bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein auszudehnen. Dies geschah durchaus zum Nachteil anderer Rechtsaußenparteien (u. a. Die Heimat/NPD, Die Rechte, Der III. Weg), die mit dem Aufkommen der AfD zumindest parlamentarisch in der Bedeutungslosigkeit verschwanden. Der Fokus dieser Studie liegt deshalb allein auf den Wahlergebnissen der AfD als – gemessen in Stimmenanteilen – einziger elektoral relevanter Partei mit antidemokratischen Tendenzen. Der Zusammenhang zwischen Demokratieunzufriedenheit und AfD-Wahlentscheidungen lässt sich durch Befragungsergebnisse gut belegen. Demnach weisen AfD-Wählende ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich überproportionales Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen auf und neigen überproportional oft zu Verschwörungsdenken und autoritären Einstellungen (Brettschneider 2023). Dabei ist zu beachten, dass die Wähler_innen der AfD sich in der Regel selbst nicht als antidemokratisch verstehen, sondern vielmehr durch die von ihnen empfundene Repräsentationslücke ein tiefes Misstrauen in die etablierten demokratischen Parteien und Institutionen verspüren, das

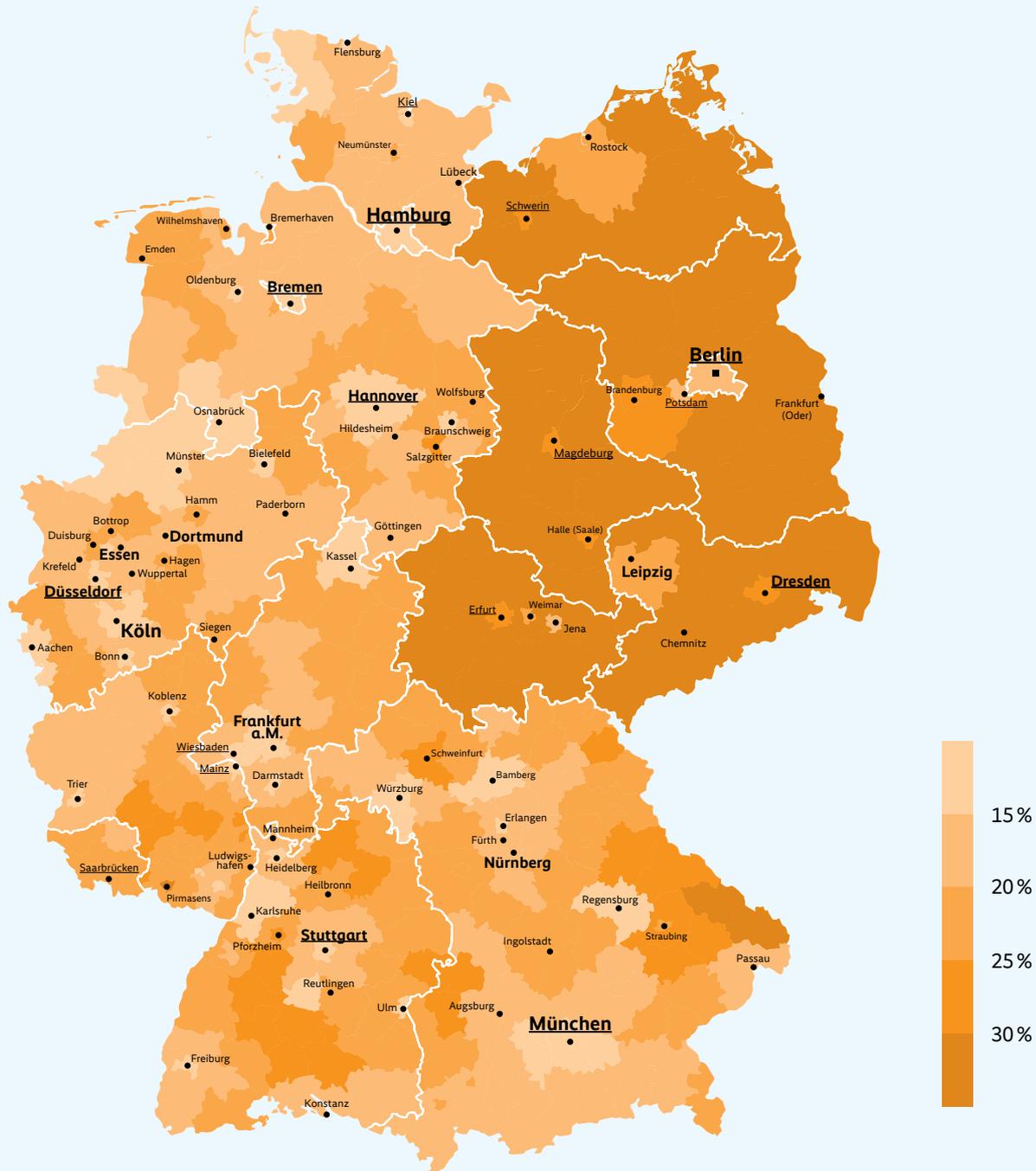
durch das polarisierende Auftreten der AfD weiter befeuert wird (Schroeder/Weßels 2023).

→ **Wahlbeteiligung:** Ein klassischer Indikator der Demokratiezufriedenheit ist die Wahlbeteiligung. Wahlen sind ein wesentliches Instrument der politischen Partizipation und verschaffen den Parlamenten die nötige Legitimität. Sinkt die Wahlbeteiligung, bedeutet das nicht nur eine geringere Legitimierung der gewählten Vertreter_innen, sondern oftmals auch das Entstehen einer Repräsentationslücke, bei der vor allem sozial, kulturell und ökonomisch schwächer gestellte Bevölkerungsgruppen in den Parlamenten nicht mehr ausreichend repräsentiert werden (Oberle/Schwanholz 2023). Dies führt wiederum dazu, dass sich diese Gruppen in politischen Diskursen zunehmend benachteiligt fühlen und Politik insgesamt als ihrem eigenen Einfluss entzogen wahrnehmen (Elsässer/Schäfer 2021).

Die Repräsentationslücke, die aufgrund einer geringen Wahlbeteiligung entsteht, bildet oftmals den Nährboden für populistische und extremistische Parteien, die das Gefühl der Benachteiligung und die politische Unzufriedenheit bestimmter Gruppen instrumentalisieren und in Wähler_innenstimmen ummünzen können. Eine geringe Wahlbeteiligung und hohe Zweitstimmenanteile extremistischer Parteien können damit zwei Seiten derselben Medaille darstellen. Allerdings erreichte die Wahlbeteiligung bei der BTW 2025 entgegen dem langfristigen Trend in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern Rekordwerte, während gleichzeitig die AfD ihr Ergebnis im Vergleich zur BTW 2021 mit 20,8 Prozent de facto verdoppeln konnte. Eine hohe Wahlbeteiligung korreliert also nicht zwangsläufig mit niedrigen Stimmenanteilen extremistischer Parteien. Vielmehr kann der Anstieg der Wahlbeteiligung auch darauf zurückzuführen sein, dass es der AfD gelungen ist, das große Potenzial an Unzufriedenen und Nichtwähler_innen für sich zu mobilisieren.

Ergänzend zu der statischen Betrachtung der Wahlergebnisse von 2025 werden zudem die Veränderungstrends dieser beiden Variablen gegenüber der letzten BTW von 2021 herangezogen. Die dynamische Betrachtung kann Aufschlüsse über unterschiedliche Entwicklungen in der De-

² Da die offiziellen Wahlergebnisse der Bundeswahlleiterin zur BTW 2025 zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte noch nicht vorlagen, wurden die Wahlergebnisse aus den Statistiken auf Wahlbezirksebene, die seitens der statistischen Landesämter vorlagen, auf die Kreisebene aggregiert. Dadurch kann es zu geringfügigen Abweichungen von den offiziellen Zahlen kommen, da die Abgrenzungen der Wahlbezirke teilweise nicht zu 100% identisch mit den administrativen Grenzen der Kreise sind. Die Validität der statistischen Analysen wird dadurch allerdings nicht beeinflusst.



Quelle: eigene Darstellung; Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder und die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden, GeoBasis-DE/BKG 2023.

mokratiezufriedenheit in den 400 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands geben.

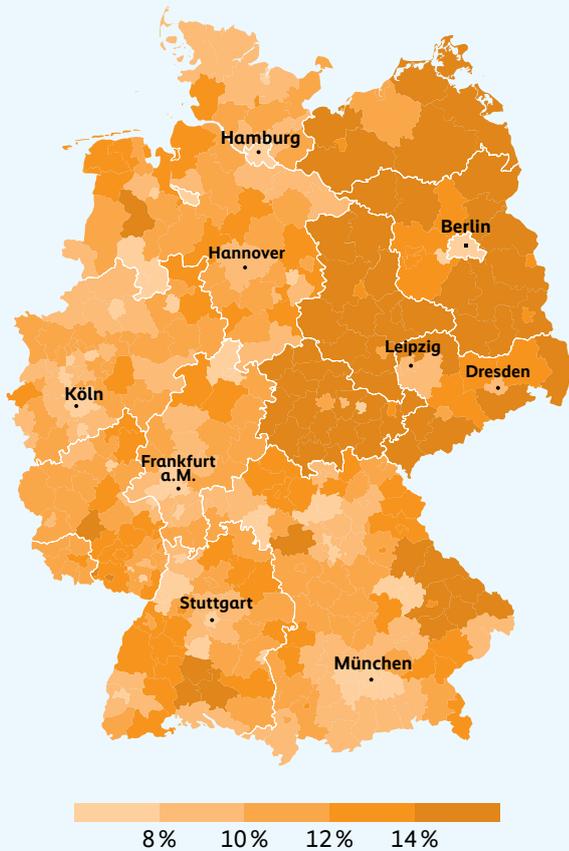
Die Verteilung der Zweitstimmenanteile der AfD bei der BTW 2025 (Abbildung 1) zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland auf. In den ostdeutschen Bundesländern, insbesondere in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, überwiegen die deutschlandweit höchsten Zweitstimmenanteile von

40 Prozent und mehr. Im Gegensatz dazu zeigen sich in den westdeutschen Bundesländern tendenziell niedrigere Stimmenanteile. Viele Kreise bleiben in Westdeutschland unter der 20-Prozent-Marke. Dabei ist der Stimmenanteil tendenziell in Süddeutschland etwas stärker ausgeprägt als in den nördlichen Landesteilen von Westdeutschland. Neben diesem ausgeprägten Ost-West-Gefälle in der Wahlunterstützung für die AfD ist auch ein Gegensatz zwischen den Großstädten und ländlichen Regionen zu erkennen. So

Zuwachs an Wähler_innenstimmen für die AfD

Abb. 2

Bundestagswahl 2025 gegenüber 2021, in Prozent

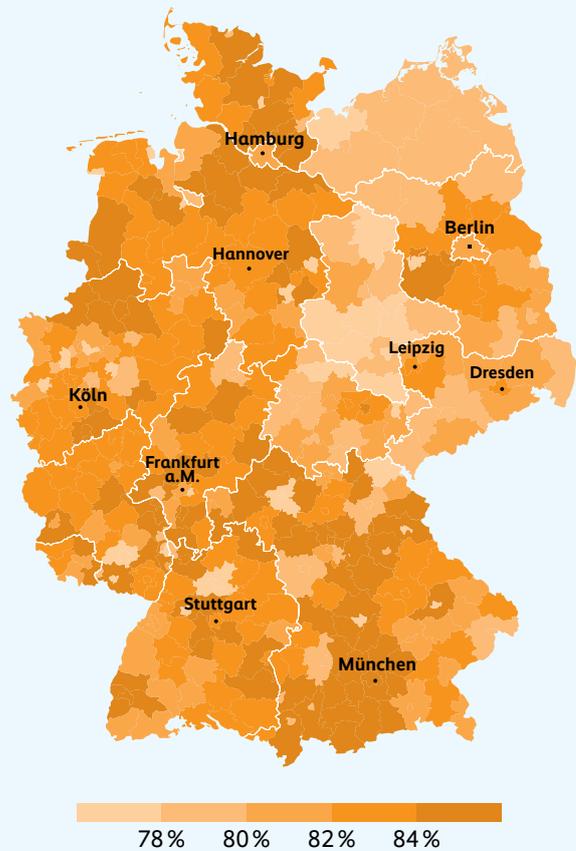


Quelle: eigene Darstellung; Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder und die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden, GeoBasis-DE/BKG 2023.

Anteil der Wähler_innen an den Wahlberechtigten

Abb. 3

bei Bundestagswahl 2025, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung; Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder und die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden, GeoBasis-DE/BKG 2023.

bleibt die AfD in vielen westdeutschen Großstädten (u. a. Köln, Frankfurt oder München) bei unter zehn Prozent. Dieser Stadt-Land-Gegensatz ist auf einem höheren Niveau auch in Ostdeutschland erkennbar. Dort bleiben die Ergebnisse der AfD in Großstädten wie Leipzig oder Dresden hinter den Werten der umliegenden Landkreise zurück.

Die Veränderung der Zweitstimmenanteile für die AfD gegenüber der BTW 2021 (Abbildung 2) zeigt, dass die Partei in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Zugewinne erzielen konnte. Dabei fällt der Umfang jedoch sehr unterschiedlich aus. Die geringsten Zuwächse mit bis unter acht Prozentpunkten entfallen auf die Großstädte sowie die urbanen Agglomerationen. Ähnlich wie die Verteilung der Stimmenanteile für die AfD konzentrieren sich auch bei der Veränderung die höchsten Zuwächse auf Ostdeutschland. Mit Ausnahme der Großstädte konnte die AfD in den meisten ostdeutschen Landkreisen mehr als 14 Prozentpunkte dazugewinnen. In Westdeutschland ist das räumliche Muster der Zugewinne hingegen nicht so eindeutig und homogen. Auffällig ist, dass viele Landkreise im wirtschaftlich starken Süddeutschland (Bayern, Baden-Württemberg)

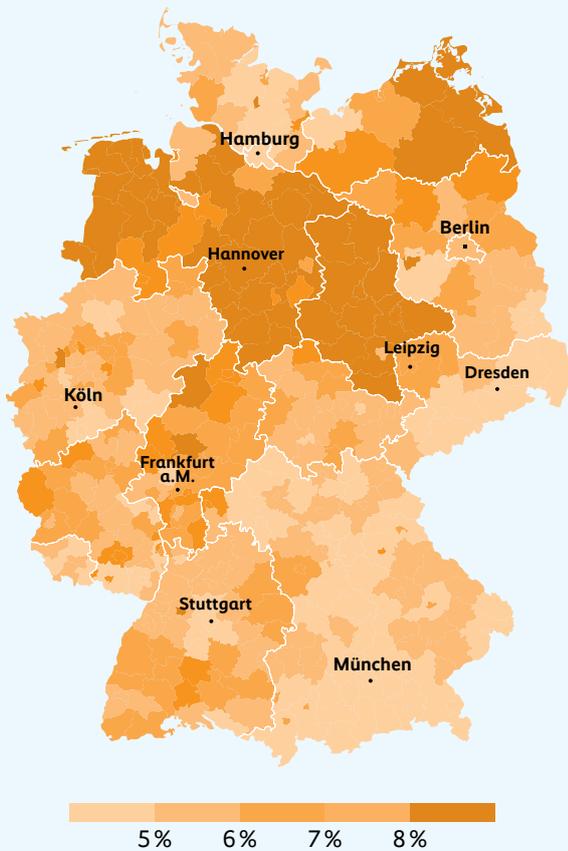
hohe Zuwächse aufweisen. Eine mögliche Erklärung dafür ist das historisch tendenziell höhere konservative Wähler_innenpotenzial insbesondere im ländlichen Süddeutschland, das weniger Berührungspunkte mit der AfD hat als die Wähler_innen in traditionell eher links bzw. linksliberal wählenden Regionen Westdeutschlands.

In Bezug auf die Wahlbeteiligung bei der BTW 2025 (Abbildung 3) zeigt sich im räumlichen Vergleich tendenziell eine geringere Beteiligung in Ost- gegenüber Westdeutschland. Ausgenommen sind davon jedoch die Region um Berlin sowie abermals die großstädtischen Räume wie Erfurt, Dresden und Leipzig. Dort ist die Wahlbeteiligung mit über 82 Prozent überdurchschnittlich hoch. Im Unterschied dazu konzentriert sich eine vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung von bis zu unter 80 Prozent im Westen auf die Großstädte, während in sehr vielen Landkreisen sehr hohe Wahlbeteiligungen von 84 Prozent und mehr zu verzeichnen sind. Hier zeigt sich, dass insbesondere in Westdeutschland die Menschen auch abseits der großen Zentren in großem Umfang zur Teilnahme bei der BTW 2025 mobilisiert werden konnten.

Zuwachs der Wahlbeteiligung

Abb. 4

Bundestagswahl 2025 gegenüber 2021, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung; Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder und die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden, GeoBasis-DE/BKG 2023.

Ein gänzlich anderes räumliches Muster zeigt die Veränderung der Wahlbeteiligung gegenüber der BTW 2021 (Abbildung 4). Hier befinden sich die Regionen mit den höchsten Zuwächsen von acht Prozentpunkten und mehr in Teilen von Nord- und Ostdeutschland. Dies lässt vermuten, dass in diesen Regionen das politische Interesse stärker gewachsen ist als in den übrigen Landesteilen und dort gegebenenfalls auch bisherige Nichtwähler_innen von Parteien mobilisiert werden konnten. Insgesamt ist festzustellen, dass gerade in ländlichen Gegenden der Zuwachs der Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch ausfällt. In Großstädten wie Köln oder Frankfurt am Main zeigen sich hingegen auch aufgrund der schon im Jahr 2021 relativ hohen Wahlbeteiligung eher niedrigere Zuwächse.

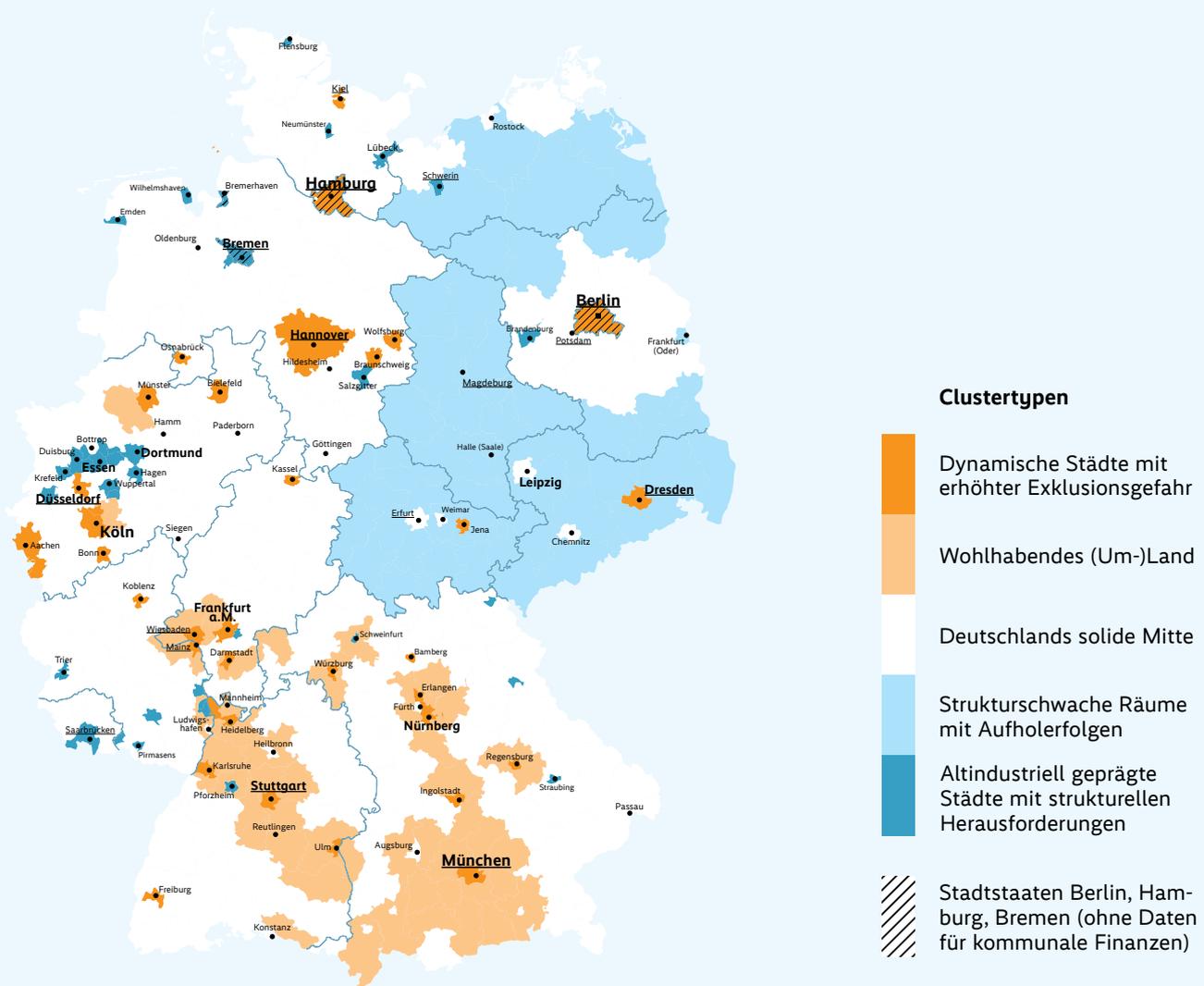
Neben der Betrachtung der kreisweiten Verteilung geben auch die Wahlergebnisse im Kontext der Raumtypen der FES-Studie „Ungleiches Deutschland“ aus dem Jahr 2023 (Gohla/Hennicke 2023; Heider et al. 2023) erweiterte Einblicke in räumliche Muster der Demokratiezufriedenheit. Im Rahmen dieser Studie wurden die 400 Kreise und kreisfreien Städte von Deutschland in fünf Raumtypen sozio-

ökonomischer Disparitäten klassifiziert, die sich wie folgt charakterisieren lassen (siehe Abbildung 5):

- **Dynamische Städte mit erhöhter Exklusionsgefahr** zeichnen sich durch gute Verdienstmöglichkeiten für Hochqualifizierte, zukunftsfähige Arbeitsmärkte sowie eine gute Infrastruktur aus. Allerdings bestehen in diesen Städten auch ein erhöhtes Armutsrisiko und soziale Polarisierung. Zudem nehmen die Wohnungsnot und die Abwanderung zu, da sich viele Menschen das Leben in den dynamischen Städten zunehmend nicht mehr leisten können oder wollen.
- Das **wohlhabende (Um)Land** befindet sich in Süddeutschland und einigen westdeutschen Umlandkreisen. Es zeichnet sich durch hohe Bruttogehälter, geringe Armut und Schulden, hohe Lebenserwartung sowie gute Erreichbarkeit von Ärzt_innen und die Breitbandversorgung aus. Dieser Raumtyp profitiert stark von seiner Nähe zu wirtschaftlichen Zentren und etablierten Wirtschaftsstrukturen.
- **Deutschlands solide Mitte** weist kaum Unterschiede zum gesamtdeutschen Durchschnitt auf. Es gibt jedoch einen leicht niedrigeren Anteil an hoch qualifizierten Beschäftigten. Das Armutsrisiko für Kinder ist hingegen gering und die Zuwanderung hoch. Der Raumtyp ist insgesamt sehr heterogen und beinhaltet neben ländlichen Gebieten auch ostdeutsche Großstädte und das Berliner Umland.
- **Strukturschwache Räume mit Aufholerfolgen** liegen im ländlichen Raum Ostdeutschlands. Charakteristisch für diese Gebiete sind weiterhin ein Mangel an jungen, gut ausgebildeten Fachkräften und niedrige Gehälter. Trotz struktureller Nachteile gab es dennoch teilweise Fortschritte beim Breitbandausbau, bei den Gehältern und bei der kommunalen Verschuldung. Zudem ist die Altersarmut aufgrund des hohen Anteils an Frauen mit DDR-Rentenansprüchen noch gering.
- **Altindustriell geprägte Städte mit strukturellen Herausforderungen** befinden sich in Westdeutschland und weisen soziale Probleme wie hohe Armutsrisiken, geringe Lebenserwartung und niedrige Wahlbeteiligung auf. Die hohe Schuldenlast schränkt den Handlungsspielraum dieser Städte ein, sodass sie in einem Negativkreislauf aus sozioökonomischen Herausforderungen stecken.

Bezogen auf diese sozioökonomischen Clustertypen zeigt sich, dass die strukturschwachen Räume mit Aufholerfolgen den höchsten AfD-Stimmenanteil zu verzeichnen haben. Dies ist nicht überraschend, da dieser Raumtyp vollständig in Ostdeutschland liegt. Bemerkenswert sind jedoch die großen Zuwächse in den Regionen, die Deutschlands solider Mitte und dem wohlhabenden (Um)Land zugeordnet werden. Hier gab es mit 8,3 bzw. 7,3 Prozentpunkten die höchsten Zuwächse. Damit wird deutlich, dass die AfD auch abseits von Ostdeutschland inzwischen

Die Disparitätenkarte 2023



Clustertypen

- Dynamische Städte mit erhöhter Exklusionsgefahr
- Wohlhabendes (Um-)Land
- Deutschlands solide Mitte
- Strukturschwache Räume mit Aufholerfolgen
- Altindustriell geprägte Städte mit strukturellen Herausforderungen
- Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen (ohne Daten für kommunale Finanzen)

Quelle: eigene Darstellung; Datengrundlage: Regionalstatistik, Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Thünen Landatlas, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch der Bundesnetzagentur, GeoBasis-DE/BKG 2021.

Tab. 1

Sozioökonomische Disparitäten und Wahlergebnisse

	STIMMENANTEILE AFD	ENTWICKLUNG STIMMENANTEILE AFD	WAHL-BETEILIGUNG	ENTWICKLUNG WAHL-BETEILIGUNG
Dynamische Städte mit erhöhter Exklusionsgefahr	13,19%	+4,51%-P	82,11%	+5,15%-P
Wohlhabendes (Um)Land	17,94%	+7,29%-P	85,62%	+4,53%-P
Deutschlands solide Mitte	20,72%	+8,30%-P	83,15%	+6,22%-P
Strukturschwache Räume mit Aufholerfolgen	40,53%	+7,27%-P	79,42%	+6,71%-P
Altindustriell geprägte Städte mit strukturellen Herausforderungen	19,27%	+6,60%-P	78,35%	+6,82%-P

Quelle: eigene Darstellung.

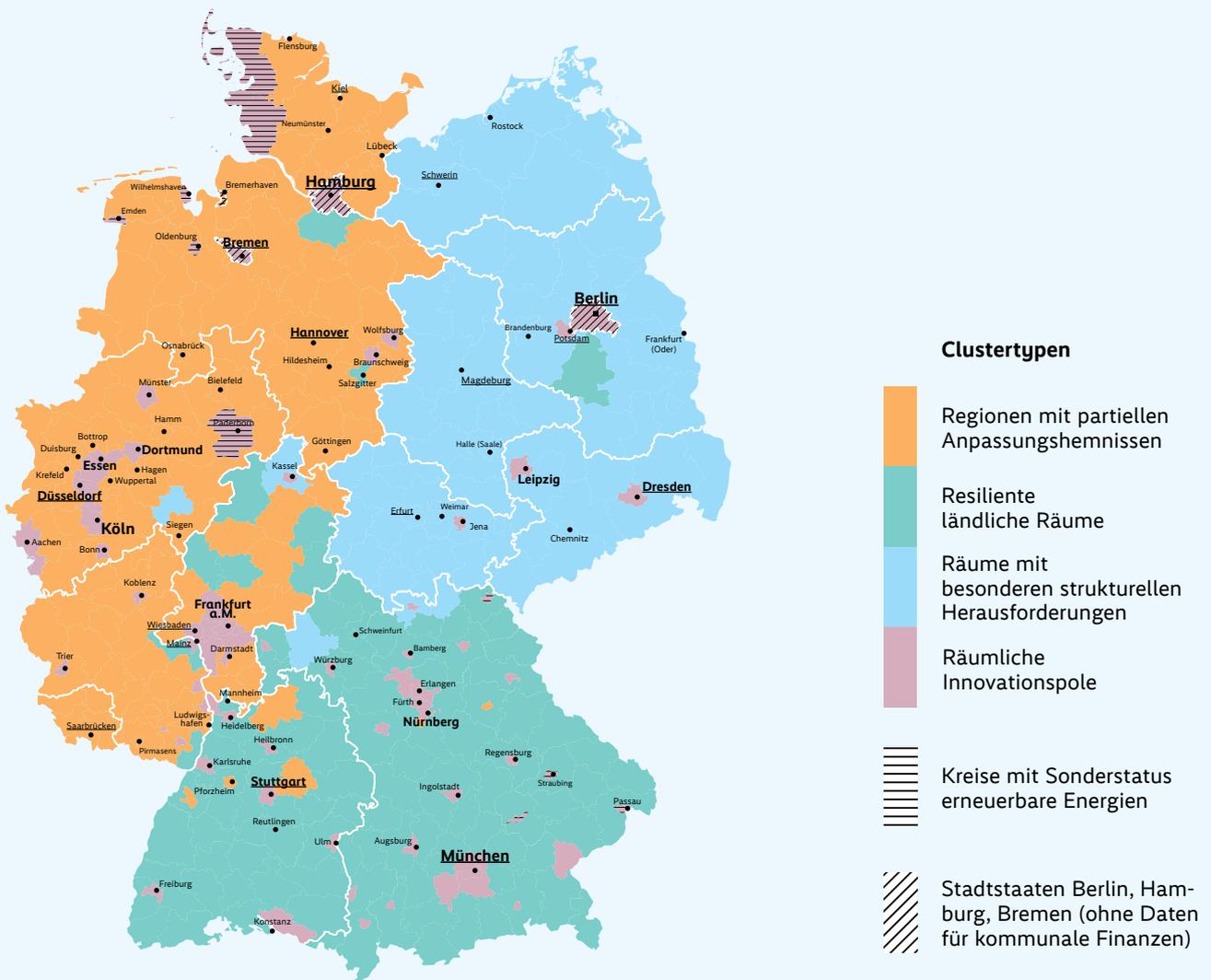
verstärkt gewählt wird und sich bei der BTW 2025 etablieren konnte. Den geringsten Zuwachs und Stimmenanteil haben hingegen die dynamischen Städte mit Exklusionsgefahr. Dennoch erreichte auch hier die AfD einen zweistelligen Stimmenanteil von 13,2 Prozent mit einem Zuwachs von 4,5 Prozentpunkten.

Neben den sozioökonomischen Disparitäten wurden im Disparitätenbericht 2023 auch die folgenden vier Raumtypen der regionalen Resilienz und Zukunftsfähigkeit abgegrenzt (siehe Abbildung 6):

- **Regionen mit partiellen Anpassungshemmnissen** liegen überwiegend im Mittelfeld bezüglich wirtschaftlicher Resilienz. Für die Zukunft gibt es jedoch Herausforderungen wie den niedrigen Anteil hoch qualifizierter Zugewanderter, geringe Betreuungsquoten für Kleinkinder und die Investitionsschwäche der Kommunen. Der Raumtyp umfasst den ländlichen Raum Nordwestdeutschlands sowie größere Städte wie Duisburg und Hannover.
- **Räume mit besonderen strukturellen Herausforderungen** befinden sich überwiegend im ländlichen Ostdeutschland. Der Raumtyp weist große strukturelle Herausforderungen auf, darunter geringe Beschäftigung in Wissensberufen, wenige Hochqualifizierte aus dem Ausland, wenige Unternehmensgründungen, Patente und Investitionen sowie eine unterdurchschnittliche Glasfaserinfrastruktur. Die demografische Lage ist problematisch, mit wenigen jungen im Vergleich zu alten Beschäftigten. Positiv ist die hohe Betreuungsquote für Kleinkinder, dank gut ausgebauter Infrastruktur. Insgesamt sind große Anstrengungen notwendig, um bei der Bewältigung zukünftiger Transformationsherausforderungen nicht den Anschluss an das übrige Deutschland zu verlieren.
- **Resiliente ländliche Räume** liegen in Süddeutschland, Hessen sowie im Umland von Hamburg und Berlin. Der Raumtyp ist im Mittelfeld bei Innovationen platziert und weist unterdurchschnittliche Werte bei wirtschaftlicher Diversität, Betreuungsquote, Glasfaser und Schienenanbindung auf. Dennoch stechen die demografische Lage, die Attraktivität für Hochqualifizierte und hohe kommunale Investitionen positiv hervor, sodass diese Regionen insgesamt gut auf zukünftige Herausforderungen der Transformation vorbereitet sind.
- **Räumliche Innovationspole** umfassen Großstädte und Metropolräume mit hohen Werten bei Wissensberufen, Glasfaser und Schienenverkehr sowie einige ländliche Regionen, etwa an der Nordseeküste, die besonders bei erneuerbaren Energien stark sind. Insgesamt sind diese Regionen gut aufgestellt, allerdings könnte die hohe Berufsklassenkonzentration ein Transformationshindernis darstellen.

Bei der Verknüpfung dieser vier Clustertypen mit den Wahlergebnissen zeigt sich ein ähnliches Bild wie bereits bei den Raumtypen sozioökonomischer Disparitäten. So haben die räumlichen Innovationspole den geringsten Anteil und Zuwachs der AfD-Stimmen zu verzeichnen. Dagegen weisen die sogenannten resilienten ländlichen Räume, die sich hauptsächlich auf Süddeutschland konzentrieren, mit 8,3 Prozentpunkten den höchsten Zuwachs auf. In den Räumen mit besonderen strukturellen Herausforderungen erreichte die AfD mit 37,2 Prozent den höchsten Stimmenanteil der vier Raumtypen.

Die Verknüpfung der Wahlergebnisse mit den Raumtypen der FES-Disparitätenstudie zeigt insgesamt recht deutliche Zusammenhänge zwischen sozioökonomischer Lage und Demokratie(un)zufriedenheit. In Raumtypen mit größeren sozioökonomischen Herausforderungen, geringeren wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven und einer in Teilen schwächeren Daseinsvorsorge ist die Wahlbeteiligung tendenziell geringer und die Bereitschaft, die AfD zu wählen, höher. Der Zusammenhang ist aber weniger eindeutig als vermutet. So verzeichneten auch eher wohlhabende Kreise in Süddeutschland recht deutliche Zugewinne bei den AfD-Zweitstimmen.



Quelle: eigene Darstellung; Datengrundlage: Regionalstatistik, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Infas 360 GmbH, Deutsches Patent und Markenamt, EON Energie Atlas, Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de, Gigabit Grundbuch der Bundesnetzagentur, gtfs.de, GeoBasis-DE/BKG 2021.

Tab. 2

Regionale Zukunftschancen und Wahlergebnisse

	STIMMENANTEILE AFD	ENTWICKLUNG STIMMENANTEILE AFD	WAHL-BETEILIGUNG	ENTWICKLUNG WAHL-BETEILIGUNG
Regionen mit partiellen Anpassungshemmnissen	18,67%	+7,96%-P	82,80%	+6,59%-P
Resiliente ländliche Räume	21,15%	+8,30%-P	84,35%	+5,22%-P
Räume mit besonderen strukturellen Herausforderungen	37,20%	+7,63%-P	80,10%	+6,51%-P
Räumliche Innovationspole	14,53%	+5,05%-P	81,88%	+5,17%-P

Quelle: eigene Darstellung.

Disparitäten in der Daseinsvorsorge als Einflussfaktoren der Demokratie(un)zufriedenheit

Die oben dargestellten Karten und Auswertungen haben gezeigt, dass es gewisse räumliche Überschneidungen zwischen Demokratie(un)zufriedenheit und ungleichen Lebensverhältnissen in Deutschland gibt. Das betrifft sowohl Unterschiede zwischen wirtschaftlich dynamischen und strukturschwachen Regionen mit hohen Armutsrisiken wie auch Unterschiede zwischen verdichteten und infrastrukturell gut erschlossenen Räumen und eher peripheren ländlichen Regionen mit Defiziten in der Erreichbarkeit und Daseinsvorsorge. Die rein deskriptiven Analysen sind allerdings nicht in der Lage, die komplexen Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Aspekten der Daseinsvorsorge und Demokratie(un)zufriedenheit zu erklären. Hierfür benötigt es Methoden, die es ermöglichen, eine Vielzahl von Variablen mit einzubeziehen, um zu verstehen, welche Einzelfaktoren tatsächlich eine signifikante Rolle bei der Erklärung der räumlichen Verteilung der oben dargestellten Wahlergebnisse spielen. Hier kommen multivariate Regressionsmodelle nach der etablierten Ordinary-Least-Squares-Methode³ zum Einsatz. Sie sind gut geeignet, statistische Zusammenhänge zwischen erklärenden (unabhängigen) Variablen (in diesem Fall Aspekte der Daseinsvorsorge und weitere demografische wie auch sozioökonomische Einflussfaktoren) und zu erklärenden (abhängigen) Variablen (in diesem Fall die oben gezeigten Wahlergebnisse) auch unter der Berücksichtigung des Einflusses einer Vielzahl an weiteren Variablen zu bestimmen. Im Gegensatz zu einer rein bivariaten Korrelationsanalyse, die nur einzelne Zusammenhänge erfasst, gibt die multivariate Regressionsanalyse also den geschätzten Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängiger Variable an, wenn der Einfluss aller anderen im Modell berücksichtigten erklärenden Variablen gleich null ist. Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei den in den Regressionsmodellen geschätzten Zusammenhängen nicht zwangsläufig um kausale Wirkungsbeziehungen. Um diese zu bestimmen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, die in der Realität meist nicht gegeben sind. So kann selten ganz ausgeschlossen werden, dass noch weitere, im Modell nicht berücksichtigte Variablen (in diesem Fall z. B. nicht messbare soziokulturelle oder historische Faktoren), die Ergebnisse der Regression verzerren. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass die unabhängigen Variablen und die abhängige Variable sich gegenseitig beeinflussen (umgekehrte Kausalität). Auch in diesem Fall

lässt sich der reale Wirkungszusammenhang nicht eindeutig bestimmen.

Die abhängigen Variablen unserer Regressionsmodelle sind die im vorherigen Kapitel beschriebenen Wahlergebnisse der BTW 2025 (Zweitstimmenanteile der AfD und Wahlbeteiligung) sowie ihre Entwicklung seit der vorangegangenen BTW 2021. Die unabhängigen Variablen setzen sich zum einen aus demografischen und sozioökonomischen Indikatoren zusammen, von denen zu erwarten ist, dass sie die regionalen Wähler_innenstrukturen und Wahlergebnisse entscheidend beeinflussen (sogenannte Kontrollvariablen). Zum anderen werden verschiedene Indikatoren der Daseinsvorsorge betrachtet.

Unter Daseinsvorsorge versteht man im Allgemeinen die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die dem Gemeinwohl und der Lebensentfaltung der Bevölkerung dienen. Dazu zählen neben Infrastrukturen wie Elektrizität und Wasserversorgung auch soziale Dienste wie Bildungs- und Pflegeeinrichtungen. Daseinsvorsorge kann damit als eine der Grundlagen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse angesehen werden. Eine eindeutige Zuordnung öffentlicher Aufgaben zur Daseinsvorsorge und eine klare gesetzliche Verankerung existiert in Deutschland jedoch nicht (Dehne 2019). Zur Messung unterschiedlicher Aspekte der Daseinsvorsorge eignen sich daher input- oder outputorientierte Indikatoren. Inputorientierte Indikatoren beschreiben in diesem Zusammenhang in der Regel die bloße Ausstattung einer Region mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, etwa in Form von Dichtemaßen (z. B. Krankenhäuser je 100.000 Einwohner_innen) oder Erreichbarkeiten (z. B. die durchschnittliche Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus). Da die Bedarfe nach bestimmten Einrichtungen und Aspekten der Daseinsvorsorge aber regional stark unterschiedlich ausfallen können, sind inputorientierte Indikatoren nur bedingt dazu geeignet, die tatsächliche Qualität der Daseinsvorsorge vor Ort zu bewerten. Outputorientierte Indikatoren (z. B. der Anteil der Schulabgänger_innen mit Hochschulreife) geben hingegen wieder, wie erfolgreich die regionale Daseinsvorsorge bei der Bewältigung ihrer Aufgaben und der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist. Allerdings können auch hier strukturell unterschiedliche Ausgangsbedingungen die Ergebnisse

³ Die Ordinary-Least-Squares-Methode (Methode der kleinsten Abweichung) ist ein statistisches Verfahren, das es bei Regressionsmodellen ermöglicht, ein Ergebnis zu finden, das am besten zu den verwendeten Daten passt. Die Unterschiede zwischen dem, was das Modell vorhersagt, und dem, was in der Wirklichkeit gemessen wurde, soll dabei möglichst klein sein.

verzerrten. Zudem sind outputorientierte Daten in der Regel nur begrenzt verfügbar. Im Rahmen der Regressionsanalyse kommen deshalb sowohl input- als auch outputorientierte Indikatoren als erklärende Variablen zum Einsatz. Diese lassen sich in die folgenden Daseinsvorsorgekategorien einteilen:

- 1. Information und Kommunikation:** Angesichts der voranschreitenden Digitalisierung und veränderter Arbeitswelten in Zeiten des Homeoffice ist schnelles Internet für alle eine Grundbedingung zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur ist nicht nur eine Grundvoraussetzung für die Gewährleistung digitaler gesellschaftlicher Teilhabe (Ringwald et al. 2019), sondern auch essenziell für die ökonomische Zukunftsfähigkeit von Regionen. In die Regressionsanalysen fließt deshalb der regionale Anteil der Haushalte, die über einen Breitbandanschluss mit mehr als 1.000 Mbit/s verfügen, in Prozent als unabhängige Variable mit ein.
- 2. Bildung:** Bildung ist nicht nur die Grundvoraussetzung für gut bezahlte und zukunftsorientierte Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch eine wichtige Ressource sozialer Teilhabe. Ein höherer Bildungsstand steigert die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an Wahlen (Schäfer 2023). Insbesondere politische Bildung stärkt außerdem die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber den Versprechungen und Argumentationsstrategien extremistischer Parteien. Ein outputorientierter Indikator zur Messung der regionalen Bildungssysteme ist der Anteil der Schulabgänger_innen mit Hochschulreife in Prozent. Dieser setzt allerdings einen starken Fokus auf Bildungsgewinner_innen. Für einen inklusiveren Blick auf den Erfolg regionaler Bildungssysteme fließt deshalb auch der Anteil der Schulabgänger_innen ohne Abschluss mit in die Regressionsmodelle ein.
- 3. Soziales:** Daseinsvorsorge umfasst neben grundlegenden Infrastrukturen und technischen Dienstleistungen auch soziale Aufgaben wie Pflege und Betreuung. Deshalb werden in den Regressionsmodellen als inputorientierte Indikatoren auch die Anzahl der Pflegeheimplätze je 1.000 Einwohner_innen über 65 Jahre und die Kitabetreuungsquote von Kindern unter drei Jahren berücksichtigt. Der Bereich Soziales überschreitet bei einer umfassenden Betrachtung jedoch die von öffentlicher Hand bereitgestellten Dienste. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Bereitstellung von Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind auch gemeinnützige Vereine und ehrenamtliche Tätigkeiten unerlässlich. Deshalb beinhaltet die Regressionsmodelle zusätzlich die Anzahl der Sportvereine je 100.000 Einwohner_innen.
- 4. Gesundheit:** Auch im Bereich Gesundheit überschneiden sich öffentlich und privat bereitgestellte Dienstleistungen. Insbesondere in ländlich geprägten und abgelegenen Räumen sind Erreichbarkeit und Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten wichtig, damit Prävention, Diagno-

se und Behandlung von Krankheiten rechtzeitig erfolgen können. Stellvertretend für diesen Bereich fließt die Dichte an Fachärzt_innen (Internist_innen) je 10.000 Einwohner_innen als inputorientierter Indikator in die Regressionsanalysen ein. Anders als grundlegende medizinische Dienste, wie Krankenhäuser und Hausärzt_innen, ist die regionale Streuung hier wesentlich größer, sodass die Fachärzt_innendichte regionale Unterschiede in der Daseinsvorsorge besser widerspiegelt.

- 5. Mobilität und Erreichbarkeit:** Die Bereitstellung öffentlicher Mobilitätsangebote sowie die Gewährleistung der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und Einrichtungen des täglichen Bedarfs ist eine der Grundaufgaben der Daseinsvorsorge, insbesondere in ländlichen Räumen. In die Regressionsanalysen fließen deshalb der Anteil der Bevölkerung innerhalb einer 1.000-Meter-Distanz zur nächstgelegenen ÖPNV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten am Tag und der Anteil der Berufspendelnden mit einem Arbeitsweg von 50 Kilometern und mehr an allen Beschäftigten am Wohnort ein.
- 6. Sicherheit und Ordnung:** Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, insbesondere in öffentlichen Räumen, ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, die das Sicherheitsbefinden der Bevölkerung grundlegend beeinflusst. Die gefühlte Bedrohung der inneren Sicherheit ist zudem eines der Kernthemen, das den Aufschwung rechtspopulistischer und extremistischer Parteien beeinflusst (Teidelbaum 2017). Innere Sicherheit beinhaltet nicht nur die Aufklärung, sondern auch die Prävention von Straftaten und ist deshalb mit den verfügbaren Statistiken nur schwer messbar. Als Näherungsindikator für den Bereich Sicherheit und Ordnung fließt in die Regressionsmodelle die Gesamtzahl der Straftaten je 100.000 Einwohner_innen ein.
- 7. Wohnen:** Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum gehört ebenfalls zu den grundlegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge (Klus 2013). Durch die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände in der Vergangenheit und das starke Bevölkerungswachstum vieler Großstädte ist erschwinglicher Wohnraum jedoch in vielen Räumen zur Mangelware geworden. Als outputorientierter Indikator fließt die durchschnittliche regionale Mietkostenbelastungsquote, also der durchschnittliche Anteil des Haushaltseinkommens, der pro Kopf für Miete aufgewendet werden muss, in das Regressionsmodell ein.

Es ist davon auszugehen, dass die Wahlergebnisse nicht nur von den oben dargestellten Aspekten der Daseinsvorsorge beeinflusst werden, sondern von vielen weiteren Einflussfaktoren. Die Regressionsmodelle berücksichtigen daher auch eine ganze Reihe an Kontrollvariablen aus den Bereichen Sozioökonomie (Kaufkraft pro Kopf, Arbeitslosenquote), Wirtschaftsstruktur (Beschäftigungsquote in der Industrie, Beschäftigungsquote in energieintensiven Sektoren) und Demografie (Altenquotient, Jugendquotient, lang-

fristiger Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner_innen, Frauenanteil, Ausländer_innenanteil, Anteil Schutzsuchender, Bevölkerungsdichte). Diese Kontrollvariablen spielen für die Interpretation der Ergebnisse nur eine untergeordnete Rolle, erhöhen aber die Validität der erklärenden Variablen aus den unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus wird das regionale Wahlverhalten von weiteren grundsätzlichen raumstrukturellen Merkmalen beeinflusst. Insbesondere zwischen west- und ostdeutschen Kreisen und kreisfreien Städten sowie zwischen eher ländlichen und eher städtischen Räumen bestehen tendenziell große Unterschiede. In unsere Modelle fließen diese Merkmale als sogenannte Dummy-Variablen mit ein, die Werte von 0 oder 1 annehmen, je nachdem ob die beobachtete Region einem bestimmten Raumtyp angehört. Die Regressionsmodelle enthalten Dummy-Variablen für die raumstrukturellen Kreistypen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (kreisfreie Großstadt, städtischer Kreis, ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen) und für Ostdeutschland (=1) im Vergleich zu Westdeutschland (=0).

Einflussfaktoren der Zweitstimmenanteile der AfD

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen werden im Folgenden anhand von Koeffizientenplots präsentiert. Diese grafische Darstellungsform ermöglicht eine visuelle Einschätzung der statistischen Zusammenhänge zwischen den vorgestellten unabhängigen Variablen und der jeweiligen abhängigen Variable. Ein im negativen Bereich liegender Koeffizient kann dahingehend interpretiert werden, dass die jeweilige unabhängige Variable einen hemmenden Einfluss auf die abhängige Variable ausübt. Im Gegensatz dazu deutet ein positiver Koeffizient darauf hin, dass die unabhängige Variable einen förderlichen Effekt auf die abhängige Variable hat. Die hervorgehobenen Linien um den Koeffizienten (Punkt) repräsentieren das Fünf-Prozent-Konfidenzintervall der Schätzungen. Berührt das Intervall die Nulllinie, ist der Koeffizient statistisch nicht signifikant. Es kann also nicht von einem signifikanten Einfluss der unabhängigen auf die abhängige Variable ausgegangen werden. Zur Ermöglichung einer besseren Vergleichbarkeit unterschiedlicher erklärender Variablen wurden die dargestellten Koeffizienten auf eine einheitliche Skala standardisiert. Die unstandardisierten Koeffizienten lassen sich dem Anhang entnehmen.

Zentrale Frage der Untersuchung ist, welchen Einfluss Indikatoren der Daseinsvorsorge auf die Stimmenanteile der AfD haben. In Abbildung 7 ist entsprechend für Gesamtdeutschland dargestellt, welche Indikatoren im Modell signifikant mit höheren bzw. niedrigeren AfD-Stimmenanteilen bei der BTW 2025 korrelieren. Der erklärende Gehalt des Modells, also der Anteil der Varianz der abhängigen

Variable, der sich durch die unabhängigen Variablen erklären lässt, wird durch das sogenannte R^2 ⁴ bzw. angepasste R^2 ausgedrückt, das Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann. Mit einem angepassten R^2 von 0,85 hat das statistische Modell eine relativ hohe Erklärungskraft.

Das Regressionsmodell zeigt, dass einzelne Faktoren der Daseinsvorsorge eine signifikante Rolle spielen könnten. Regionen mit einer guten Kinderbetreuung, einem hohen Anteil an Schulabgänger_innen mit Hochschulreife und einem gut ausgebauten Breitbandnetz weisen tendenziell schwächere AfD-Ergebnisse bei der BTW 2025 auf. Dies lässt den Schluss zu, dass Investitionen in soziale und technische Infrastrukturen eine stabilisierende Wirkung für die Demokratiezufriedenheit entfalten. Überraschend ist hingegen der negative Koeffizient der Variable Mietkostenbelastung. Dieser lässt sich allerdings dadurch erklären, dass die AfD in ökonomisch schwächeren Regionen mit niedrigen Mietpreisniveaus tendenziell stärker gewählt wird. Hier überwiegen also die schwachen ökonomischen Perspektiven die Vorteile durch niedrige Wohnkosten.

Hohe Kaufkraft, niedrige Arbeitslosigkeit sowie eine hohe Industriequote als Indikatoren der wirtschaftlichen Lage stehen in einem negativen Zusammenhang mit AfD-Stimmenanteilen: Wirtschaftliche Stabilität und Zukunftsfähigkeit tragen offenbar dazu bei, die Zustimmung zu extremen Parteien zu verringern. Eine hohe demografische Überalterung und ein niedriger Frauenanteil gehen hingegen mit stärkeren AfD-Wahlergebnissen einher. Bei den weiteren Kontrollvariablen zeigt sich, dass der mit Abstand stärkste Prädiktor „Ostdeutschland“ ist. Dieser Faktor hat im vorliegenden Modell den größten positiven Einfluss auf den AfD-Stimmenanteil. Aufgrund dessen wurde die Regressionsanalyse zusätzlich für beide Landesteile Deutschlands separat durchgeführt. Hierbei lassen sich einige Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede in der Signifikanz der Einflussfaktoren feststellen.

Der Ost-West-Vergleich in Abbildung 8 unterstreicht zunächst, dass der Bereich Bildung in beiden Landesteilen von ähnlich großer Relevanz ist. So ist sowohl in West- wie in Ostdeutschland ein höherer Anteil an Schulabgänger_innen mit Hochschulreife signifikant mit niedrigeren AfD-Stimmenanteilen verbunden. Während die weiteren Koeffizienten für Westdeutschland (Breitbandausbau und Kitabetreuungsquote) die oben dargestellten gesamtdeutschen Zusammenhänge zwischen Daseinsvorsorge und Demokratiezufriedenheit bestätigen, zeigen sich in Ostdeutschland jedoch andere Zusammenhänge: Breitbandausbau und Mietkostenbelastung spielen keine signifikante Rolle. Stattdessen korrelieren die Ausstattung mit Pflegeheimplätzen und Fachärzt_innen und überraschenderweise auch der Anteil der Langstreckenpendelnden negativ mit AfD-Stimmenanteilen.

⁴ R^2 gibt das sogenannte Bestimmtheitsmaß von statistischen Modellen an. Umso höher der Wert zwischen 0 und 1 liegt, umso höher ist die Erklärungskraft. Ist $R^2=0$, wird die Wirklichkeit gar nicht abgebildet, ist $R^2=1$, bildet das statistische Modell die Wirklichkeit perfekt ab. Da das R^2 durch die Anzahl der im Modell verwendeten Variablen verzerrt wird, wird stattdessen oftmals das angepasste R^2 angegeben, das um diesen Störfaktor korrigiert wurde.

Abhängige Variable: Stimmenanteile der AfD in Gesamtdeutschland

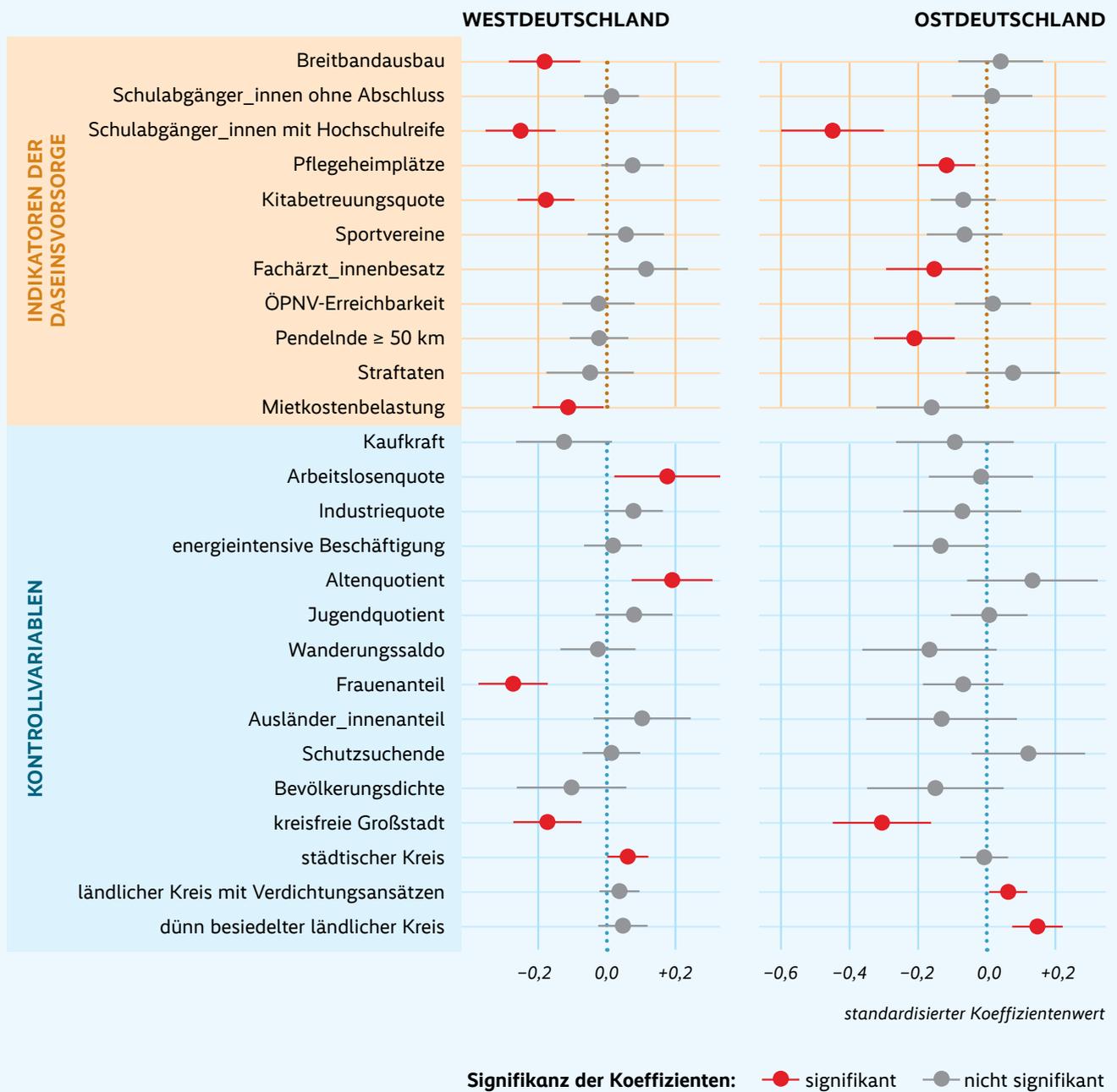


Quelle: eigene Darstellung.

Bei den wirtschaftlichen Faktoren zeigen sich hingegen Unterschiede. In Westdeutschland ist die Arbeitslosenquote signifikant positiv mit den AfD-Stimmenanteilen verbunden. Dies deutet darauf hin, dass höhere Arbeitslosigkeit bzw. wirtschaftliche Deprivation mit einer stärkeren Unterstützung der AfD einhergehen. In Ostdeutschland korrelieren im Gegensatz dazu keine der wirtschaftlichen Variablen signifikant. Die gewählten objektiven wirtschaftlichen Indikatoren scheinen daher zumindest im Binnenvergleich der ostdeutschen Kreise und kreisfreien Städte nicht zu den Hauptursachen für AfD-Wahlerfolge zu gehören. Im Gegensatz dazu tragen raumstrukturelle Merkmale und Unter-

schiede zwischen Städten und ländlichen Regionen in Ostdeutschland stärker zur Erklärung von AfD-Wahlergebnissen bei als in Westdeutschland.

Insgesamt zeigt sich, dass die ausgewählten Indikatoren der Daseinsvorsorge aber durchaus einen signifikanten Zusammenhang mit den Stimmenanteilen der AfD haben. Hiernach können vor allem soziale Infrastruktur und Bildung neben wirtschaftlichen Perspektiven als wichtige Handlungsfelder zur Stärkung des Demokratievertrauens identifiziert werden. Interpretationsbedürftig ist allerdings, dass die Bereiche Gesundheit, Kriminalität und Mobilität in



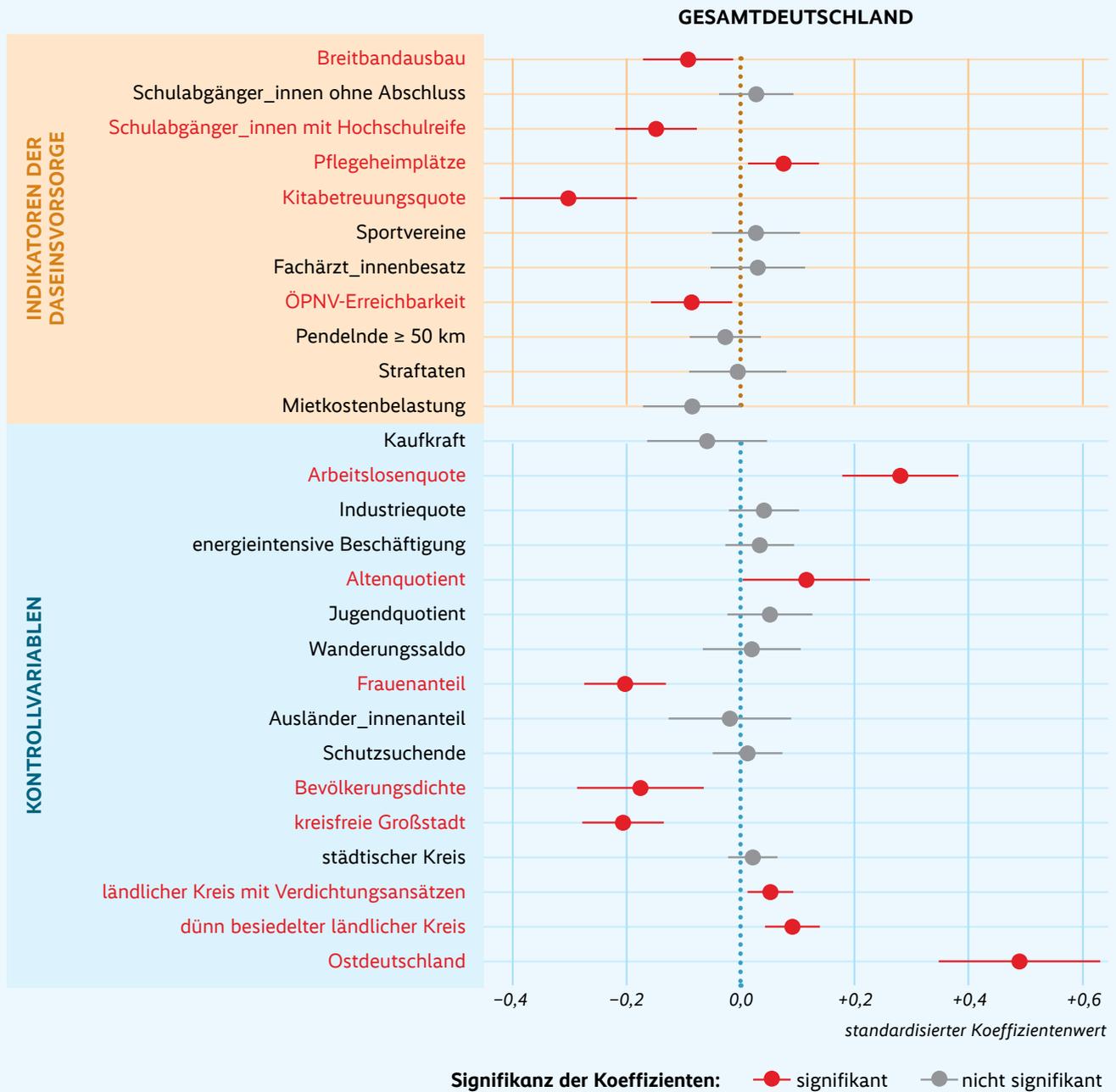
Quelle: eigene Darstellung.

unserem statistischen Modell für die Erklärung der AfD-Stimmenanteile kaum eine Rolle spielen. Ein Ansatz hierzu ist, dass die ausgewählten Indikatoren die tatsächliche Lage vor Ort zumindest auf der Betrachtungsebene der Landkreise und kreisfreien Städte nur unzureichend widerspiegeln. So lässt sich die regionale Sicherheitslage kaum durch die bevölkerungsproportionale Anzahl der Straftaten operationalisieren. Mobilitätsbezogene Indikatoren verlieren hingegen durch die relativ grobe räumliche Aggregation deutlich an Schärfe und verdecken somit viele räumliche Disparitäten der ÖPNV-Versorgung innerhalb der einzelnen Kreise.

Einflussfaktoren der Entwicklung der Zweitstimmenanteile der AfD

Wie bereits gezeigt wurde, konnte die AfD bei der BTW 2025 sowohl landesweit als auch in allen Landkreisen und kreisfreien Städten deutliche Zuwächse der Zweitstimmenanteile gegenüber der BTW 2021 erzielen. Aufbauend auf diesen empirischen Befunden wurde daher eine zweite Regressionsanalyse durchgeführt, um die Einflussfaktoren auf den Zuwachs der AfD-Stimmenanteile zu identifizieren. Der Koeffizientenplot in Abbildung 9 stellt entsprechend dar, welche Variablen diese Zugewinne in Deutschland sig-

Abhängige Variable: Veränderung der Stimmenanteile der AfD in Gesamtdeutschland



Quelle: eigene Darstellung.

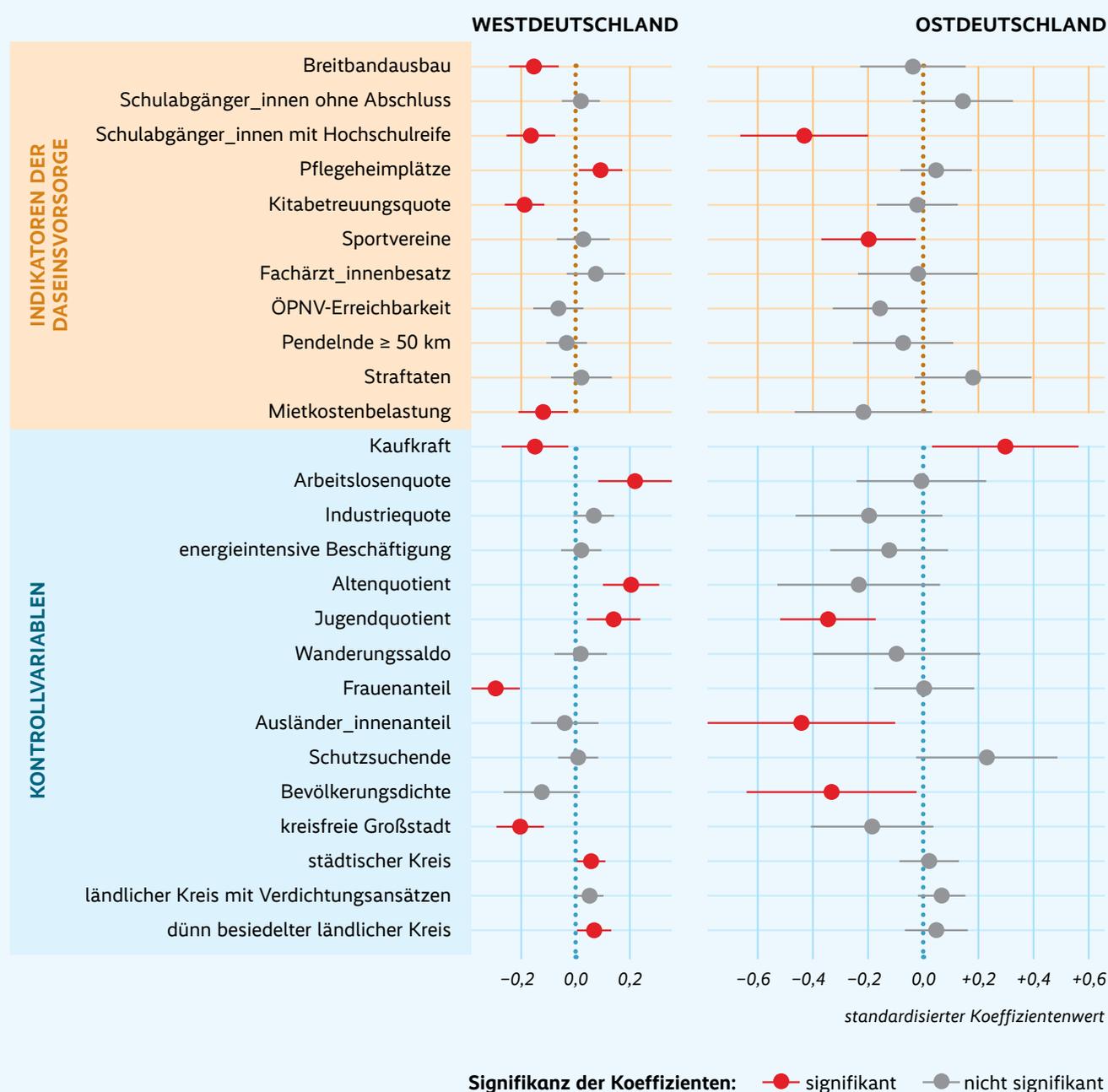
nifikant begünstigt bzw. gebremst haben könnten. Das statistische Modell weist mit einem angepassten R^2 von 0,78 ebenfalls eine hohe Erklärungsleistung auf.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass soziale und digitale Infrastruktur sowie Bildung dazu beitragen könnten, das Wachstum der AfD zu begrenzen. Dieser Effekt kommt insbesondere durch die Indikatoren Kitabetreuungsquote, Schulabgänger_innen mit Hochschulreife sowie dem Breitbandausbau zum Ausdruck. Im Gegensatz dazu zeigt sich ein signifikant positiver Zusammenhang der Verfügbarkeit von Pflegeheimplätzen mit den Stimmenzuwächsen der

AfD. Dies lässt sich teilweise dadurch erklären, dass sich die Anzahl von Pflegeheimplätzen nachfrageorientiert entwickelt, die Verfügbarkeit also tendenziell in Regionen mit stärkerer Überalterung besser ist.

Gleichzeitig zeigen die Analysen, dass Indikatoren, die eng mit urbanen Strukturen verbunden sind, wie eine gute Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs, hohe Mietkostenbelastung sowie eine hohe Bevölkerungsdichte, einen signifikant negativen Zusammenhang mit dem Stimmenzuwachs der AfD aufweisen. Die bessere Versorgung mit Angeboten der Daseinsvorsorge in großstädtischen Regionen im Ver-

Abhängige Variable: Veränderung der Stimmenanteile der AfD in West- und Ostdeutschland



Quelle: eigene Darstellung.

gleich zu eher ländlichen Kreisen könnte folglich dazu beitragen den Stimmenzuwachs zu reduzieren. Dieser Zusammenhang überschneidet sich allerdings mit einigen demografischen und soziokulturellen Unterschieden zwischen Stadt und Land (bspw. unterschiedliche Werte und Lebensmodelle), die in den Modellen nicht kontrolliert werden können.

Wirtschaftliche Unsicherheiten begünstigen dagegen den Zuwachs der Stimmenanteile. So korreliert eine hohe Arbeitslosigkeit deutlich mit AfD-Zuwächsen. Diese Befunde bestätigen, dass besonders in wirtschaftlich schwachen oder altindustriell geprägten Regionen Frustration und Un-

sicherheit als Nährboden für rechtspopulistische Tendenzen fungieren.

Wie bei den statischen Wahlergebnissen hat auch bei den Veränderungen der Faktor „Ostdeutschland“ den stärksten Einfluss auf den Zuwachs. Die getrennt durchgeführten Regressionsanalysen für Ost- und Westdeutschland zeigen auch hier teils gegensätzliche Muster auf (siehe Abbildung 10). In Westdeutschland scheinen, ähnlich wie bei den statischen Wahlergebnissen, eher wirtschaftliche Ängste die Haupttreiber zu sein. So begünstigt im Westen eine hohe Arbeitslosigkeit deutlich die Zuwächse, während dieser In-

dikator im Osten keine Signifikanz aufweist. Umgekehrt scheint eine hohe Kaufkraft im Westen zu einem geringeren Zuwachs der AfD-Stimmen zu führen. Im Osten zeigt das Modell dagegen bei der Kaufkraft sogar einen positiven Zusammenhang mit dem Stimmenzuwachs.

Gegensätzliche Signifikanzen im demografischen Bereich lassen zudem vermuten, dass die AfD in den beiden Landesteilen unterschiedliche Wähler_innengruppen anspricht und mobilisieren konnte. So korreliert ein hoher Jugendquotient im Osten mit einem geringeren AfD-Zuwachs. In Westdeutschland ist es nach dem Modell umgekehrt. Demnach stützt sich der Zuwachs dort auch auf jüngere Altersgruppen. Zudem zeigt sich, dass der Frauenanteil in Westdeutschland einen deutlich dämpfenden Effekt auf den Stimmenzuwachs der AfD haben könnte, während dieser im Osten nicht signifikant ist. Auffällig sind außerdem die ausschließlich in Ostdeutschland signifikant negativen Koeffizienten von Migrationsanteil und Bevölkerungsdichte, die auf dämpfende Effekte einer urbaneren und diverseren Bevölkerungsstruktur hindeuten.

Zusammenfassend lässt sich für die Daseinsvorsorge auch hier festhalten, dass eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, Bildung sowie digitale Anbindung den Zuwachs der AfD in Deutschland signifikant zu dämpfen scheinen. Wirtschaftliche Unsicherheiten wie hohe Arbeitslosigkeit und industriegeprägte Strukturen begünstigen dagegen Zuwächse der AfD. Dabei ist zu beachten, dass diese Einflussfaktoren in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Im Osten spielen eher Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen eine zentrale Rolle, während im Westen wirtschaftliche Ängste und demografische Faktoren stärker ins Gewicht fallen. Diese Befunde unterstreichen damit die Bedeutung regional differenzierter Strategien zur Demokratiefestigung und Eindämmung rechtspopulistischer Tendenzen.

Einflussfaktoren der Wahlbeteiligung

Zusätzlich zu den AfD-Stimmenanteilen wurde auch der Einfluss von Indikatoren der Daseinsvorsorge auf die Wahlbeteiligung bei der BTW 2025 und deren Veränderung gegenüber der BTW 2021 mit zwei weiteren Regressionsanalysen untersucht. Ziel ist die Identifizierung von Aspekten der Daseinsvorsorge, die einen mobilisierenden Effekt für die Teilnahme an demokratischen Wahlen haben.

In Abbildung 11 ist der Einfluss der Indikatoren auf die Wahlbeteiligung dargestellt. Das angepasste R^2 von 0,83 weist hierbei einen hohen Erklärungsgehalt des statistischen Modells auf. Getrennte Modelle für Ost- und Westdeutschland sind in ihrem erklärenden Gehalt allerdings weniger aussagekräftig. Auf die Darstellung der entsprechenden Ergebnisse wird deshalb im Folgenden verzichtet. Es zeigt sich, dass die Variablen Breitbandausbau, Schulabgänger_innen mit Hochschulreife und Kitabetreuungsquote auch mit der Wahlbeteiligung signifikante positive

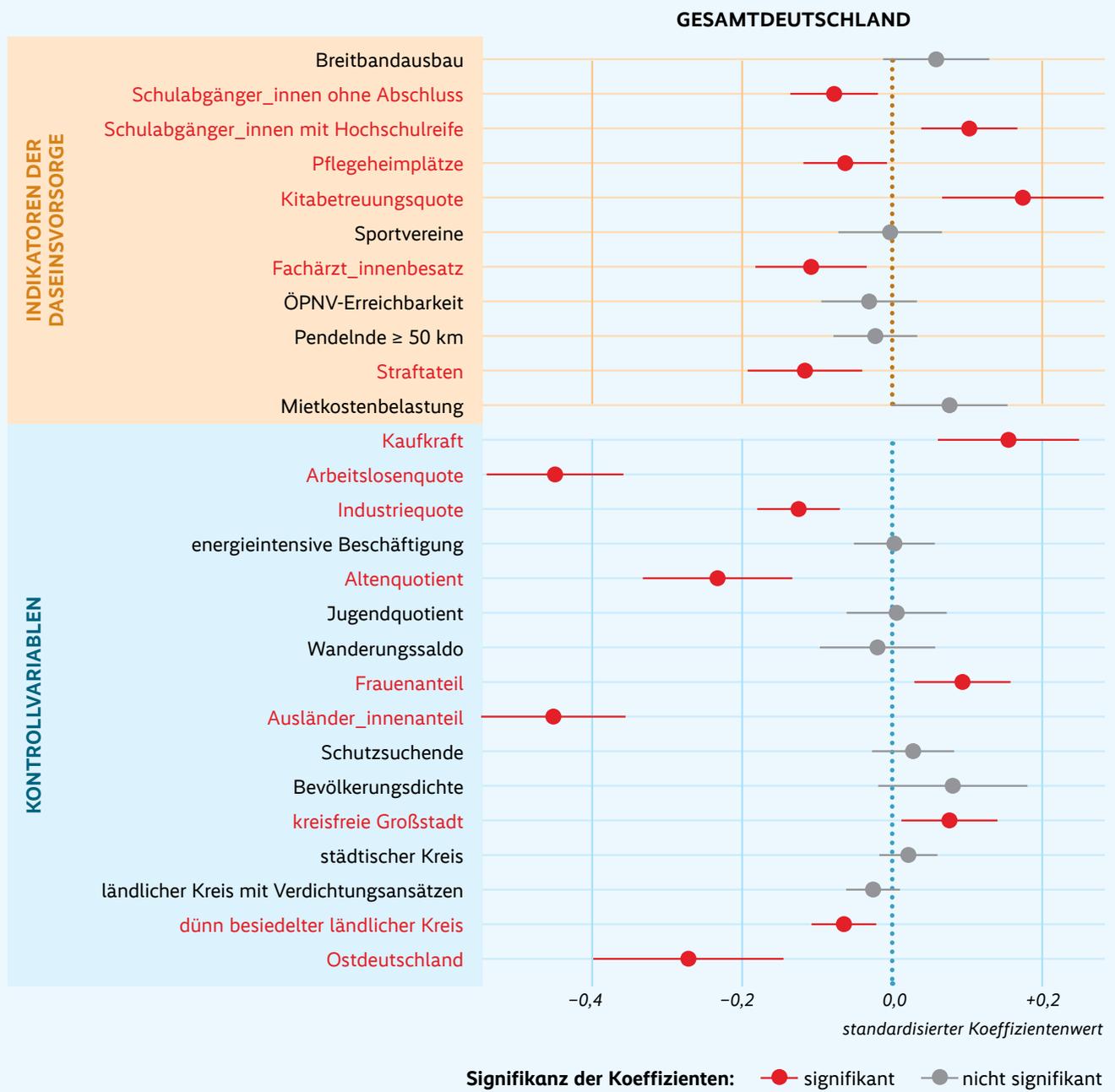
Zusammenhänge aufweisen. Demnach sind eine gute soziale Infrastruktur und ein gutes Bildungssystem als besonders förderlich für die politische Partizipation einzuschätzen. Analog dazu wirken sich schlechte Bildungschancen, ausgedrückt durch eine hohe Zahl an Schulabgänger_innen ohne Abschluss, hemmend auf die Wahlbeteiligung aus. Weiterhin zeigt die Regressionsanalyse, dass eine höhere Anzahl an Straftaten signifikant mit einer geringeren Wahlbeteiligung verbunden ist. Daraus könnte sich schließen lassen, dass in Regionen mit hoher Kriminalität das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und die Politik sinkt – wobei höhere Kriminalitätsraten pro Kopf eher in urbanen Räumen zu finden sind, in denen die Wahlbeteiligung tendenziell höher ist. Aufgrund der schwierigen Messbarkeit der inneren Sicherheit sind diese Zusammenhänge insgesamt mit Vorsicht zu interpretieren. Der negative Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Pflegeheimplätzen und der Wahlbeteiligung lässt sich, wie oben bereits erläutert, teilweise durch den Zusammenhang zwischen demografischer Überalterung und Demokratiezufriedenheit erklären.

Daneben sind wirtschaftliche Aspekte von großer Relevanz. Aus der Analyse lässt sich erkennen, dass eine bessere ökonomische Situation mit einer höheren Wahlbeteiligung einhergeht. So korreliert zum einen die Kaufkraft signifikant positiv mit der Wahlbeteiligung. Zum anderen weisen Regionen mit einer höheren Arbeitslosigkeit, aber auch Regionen mit einer höheren Industriequote eine deutlich niedrigere Wahlbeteiligung auf. Wirtschaftliche Unsicherheiten und strukturelle Herausforderungen scheinen somit die Motivation zur Wahlteilnahme negativ zu beeinflussen.

Es lassen sich zudem klare Muster im Zusammenhang mit räumlichen Strukturen und Demografie erkennen. Insbesondere in Ostdeutschland sowie in dünn besiedelten ländlichen Räumen ist die Wahlbeteiligung signifikant niedriger. Im Gegensatz dazu sind Großstädte durch eine deutlich höhere Beteiligung gekennzeichnet. Zudem besteht ein negativer Zusammenhang zwischen dem Altenquotienten sowie dem Anteil ausländischer Bevölkerung und der Wahlbeteiligung.

Im Gegensatz zum Regressionsmodell der Wahlbeteiligung weist die Analyse zur Veränderung der Wahlbeteiligung mit einem angepassten R^2 von 0,43 eine vergleichsweise geringe Erklärungsleistung auf. Daraus lässt sich ableiten, dass die hier ausgewählten Variablen den Veränderungstrend nicht hinreichend beschreiben können und sich die Ergebnisse daher nur eingeschränkt interpretieren lassen.

Durch die insgesamt schwach ausgeprägten Signifikanzen des Regressionsmodells bleibt zu vermuten, dass Aspekte der Daseinsvorsorge und auch strukturelle Faktoren nur eine untergeordnete Rolle für die Dynamik der Wahlbeteiligung spielen. Die dahinter liegenden Motive und Mobilisierungsmechanismen für den Zuwachs können durch das vorliegende Modell nicht ausreichend erklärt werden. Auf eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse wird daher an dieser Stelle verzichtet.



Quelle: eigene Darstellung.

Objektive vs. subjektive Indikatoren von Daseinsvorsorge und sozioökonomischen Disparitäten

Wie eingangs erwähnt, sollen neben den objektiv messbaren Indikatoren der Regressionsmodelle auch die subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung im Zusammenhang mit antidemokratischen Wahlerfolgen untersucht werden. Dies geschieht zum einen mit dem Wissen, dass Wahlscheidungen deutlich subjektiver und vielschichtiger sind, als es die Indikatoren der Regressionsmodelle im vorangegangenen Kapitel abbilden können, und zum anderen, um die Übereinstimmung der Indikatoren mit der subjektiven Einschätzung der Bevölkerung abzugleichen. Hierfür wird auf die im Rahmen des Gleichwertigkeitsberichts stattgefundene Bevölkerungsumfrage der Bundesregierung zurückgegriffen (BMWK 2024). In dieser wurden im Oktober und Dezember 2023 Bürger_innen in allen Kreisen und kreisfreien Städten zu ihrer Wahrnehmung der gleichwertigen Lebensverhältnisse befragt. Dabei unterteilen sich die Fragen in vier Dimensionen: Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastruktur & Daseinsvorsorge sowie Klima & Umwelt. Im Hinblick auf den thematischen Fokus des Projekts sowie die Ergebnisse der Regressionsmodelle werden im Folgenden ausschließlich die Dimensionen Wirtschaft und Infrastruktur sowie Daseinsvorsorge beleuchtet.⁵

Die Umfragedaten des Gleichwertigkeitsberichts stehen in einer dreistufigen Ordinalskala zur Verfügung, die die Einschätzungen der Bevölkerung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte relativ zum Durchschnitt aller Befragten setzt. In einem vorbereitenden Schritt werden die einzelnen Skalen teilweise direktional angepasst, sodass die Zustimmungswerte für alle Fragen einheitlich wie folgt zu interpretieren sind:

1 = unterdurchschnittliche Zufriedenheit

2 = durchschnittliche Zufriedenheit

3 = überdurchschnittliche Zufriedenheit

Aufgrund der sehr groben ordinalen Skalierung⁶ sind die Zufriedenheitswerte nur sehr bedingt für die Verwendung in Regressionsmodellen geeignet. Stattdessen wurden Rangkorrelationskoeffizienten nach Spearman⁷ berechnet,

um die Beziehungen der subjektiven Einschätzungen mit den Zweitstimmenanteilen der AfD (BTW 2025) sowie den objektiven Indikatoren der Regressionsmodelle zu untersuchen. Die Korrelationskoeffizienten sind in den Tabellen 3 und 4 angegeben und haben ein Signifikanzniveau von fünf Prozent, das heißt, dass wir zu 95 Prozent sicher sein können, dass der statistische Zusammenhang nicht nur zufällig besteht. Nicht signifikante Korrelationskoeffizienten sind nicht dargestellt. Wie schon bei den Regressionsmodellen ermöglichen auch bivariate Korrelationen keine Aussagen über Kausalitäten, sondern geben lediglich Hinweise auf mögliche Zusammenhänge. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, dass sich die Zufriedenheit der Bevölkerung im Zeitraum zwischen der Umfrage des Gleichwertigkeitsberichts und der BTW 2025 verändert hat. Neben dieser zeitlichen Einschränkung stellt auch die räumliche Ebene eine mögliche Limitation für die Aussagekraft der Korrelationsanalysen dar. So können zum einen keine Unterschiede der subjektiven Zufriedenheiten innerhalb von kreisfreien Städten und Kreisen abgebildet werden. Zum anderen ist das subjektive Verständnis der Befragten für ihre Region möglicherweise nicht deckungsgleich mit den administrativen Grenzen. Nichtsdestotrotz stellen die Befragungsergebnisse des Gleichwertigkeitsberichts die aktuellste und kleinräumigste uns bekannte Erhebung der subjektiven Zufriedenheit im Bereich Daseinsvorsorge für das gesamte Bundesgebiet dar.

Die abgefragten Zufriedenheitswerte in der Dimension Wirtschaft zeigen insgesamt leichte Zusammenhänge bzw. Korrelationen zu den Zweitstimmenanteilen der AfD. Dabei ist augenscheinlich, dass die Korrelationsstärken, mit Ausnahme der Zufriedenheit mit der eigenen beruflichen regionalen Perspektive, im Osten größer sind (siehe Tabelle 3). Hier ist insbesondere die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation mit einem Koeffizienten von $-0,54$ negativ mit den Zweitstimmenanteilen der AfD korreliert. Somit geht eine negativere Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation durch die Befragten mit höheren Wahlerfolgen der AfD einher. Im Westen ist dies mit einem Koeffizienten von $-0,25$ deutlich weniger ausgeprägt. Dabei zeigen sich im Westen nur geringe Unterschiede

⁵ In den Dimensionen Gesellschaft und Natur & Umwelt korreliert die überwiegende Zahl der abgefragten subjektiven Einschätzungen nicht oder nur leicht mit den Wahlergebnissen der AfD.

⁶ Das heißt, in diesem Kontext, dass die verschiedenen Antwortmöglichkeiten zwar in einer Reihenfolge von kleiner zu größer geordnet sind, aufgrund der wenigen Antwortmöglichkeiten die Unterschiede allerdings eher ungenau gemessen sind.

⁷ Rangkorrelationskoeffizienten messen Stärke und Richtung von Zusammenhängen zwischen zwei Merkmalen. Ist der Wert positiv, sind hohe Werte des einen Merkmals mit hohen Werten des anderen verbunden. Ist er negativ, gehen hohe Werte des einen mit niedrigen Werten des anderen Merkmals einher.

Übersicht der Korrelationskoeffizienten zwischen den Zweitstimmenanteilen der AfD (BTW 2025) und den subjektiven Einschätzungen des Gleichwertigkeitsberichts

VARIABLE 1: ANTEIL ZWEITSTIMMENANTEILE AFD BTW 2025

VARIABLE 2	GESAMT	OST	WEST
WIRTSCHAFT			
Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation	-0,45	-0,54	-0,25
Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Region	-0,32	-0,49	-0,31
Zufriedenheit mit der eigenen beruflichen Perspektive in der Region	-0,46	-0,36	-0,38
Einschätzung über die regionalen Voraussetzungen für Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen	-0,32	-0,39	-0,26
Beurteilung der derzeitigen eigenen wirtschaftlichen Lage	-0,36	-0,32	-0,27
INFRASTRUKTUR UND DASEINSVORSORGE			
Zufriedenheit mit Zentrenversorgung des Wohnorts (lebendig und Nahversorgung)	-0,46	-0,66	-0,45
Zufriedenheit mit der ÖPNV-Qualität	-0,34	-0,60	-0,42
Zufriedenheit mit grundversorgenden Fachärzt_innen in der Region	-0,53	-0,55	-0,46
Zufriedenheit mit den regionalen Angeboten zur Freizeitgestaltung	-0,46	-0,45	-0,30
Zufriedenheit mit Krankenhausversorgung in der Region	-0,36	-0,43	-0,44
Zufriedenheit mit wohnortnaher Lebensmittelversorgung	-0,32	-0,37	-0,26
Zufriedenheit mit der Internetversorgung	-0,13	-0,35	-0,27
Zufriedenheit mit Betreuungsmöglichkeiten für bis unter 3-jährige Kinder	+0,35		
Zufriedenheit mit wohnortnaher Schulversorgung	-0,28		
ALLGEMEIN			
Einschätzung der Lebensbedingungen im Vergleich zu anderen Regionen	-0,44	-0,46	-0,22
Einschätzung über die Zukunft der Region (eher mit Zuversicht oder eher mit Sorge)	-0,43	-0,36	-0,37
Zufriedenheit mit der eigenen derzeitigen Lebenssituation	-0,29	-0,33	-0,20
summierte Zufriedenheitswerte aller GWB-Fragen (inklusive der Dimensionen Gesellschaft, Klima & Umwelt)	-0,53	-0,56	-0,40
summierte Zufriedenheitswerte der Daseinsvorsorge (Sicherheit, Kita, Schulen, Fachärzt_innen, Lebensmittel, ÖPNV, Internet)	-0,44	-0,47	-0,44

Quelle: eigene Darstellung. Lesehilfe: Die Korrelationskoeffizienten (blau) geben die statistischen Zusammenhänge zwischen Variable 1 und Variable 2 jeweils für Gesamtdeutschland und getrennt für Ost- und Westdeutschland wieder. Ein Korrelationskoeffizient von 1 steht dabei für einen perfekten positiven statistischen Zusammenhang. Ein Wert von -1 steht für einen perfekten negativen Zusammenhang. Werte nahe 0 sagen aus, dass kein Zusammenhang zwischen beiden Variablen besteht. Statistisch nicht signifikante Koeffizienten sind in der Tabelle nicht dargestellt.

de zur Korrelation mit der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage (-0,27). Dagegen scheint in den ostdeutschen Kreisen und kreisfreien Städten die Beurteilung der derzeitigen eigenen wirtschaftlichen Lage (-0,32) einen geringeren Ausschlag auf die AfD-Zweitstimmenanteile zu haben als die der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Dies wird durch die insignifikante Korrelation zwischen den beiden subjektiven Einschätzungen im Osten verdeutlicht (siehe Tabelle 4). Zusätzlich zeigt Tabelle 4 auch für die objektiven Indikatoren Arbeitslosenquote und Kaufkraft im Osten keine signifikanten Korrelationen mit der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situa-

tion. Diese korrelieren im Westen zumindest leicht. Der objektive Indikator, der mit -0,6 im Osten und -0,7 im Westen die deutlichste Korrelation mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage aufweist, ist der Altenquotient. Hierzu kommt im Osten eine moderate Korrelation mit dem langjährigen Wanderungssaldo von 0,52. Somit scheint die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Räumen mit langfristiger demografischer Schrumpfung negativer auszufallen.

Neben der Einschätzung der derzeitigen allgemeinen und eigenen Situation wurden die Befragten auch zu einer Ein-

schätzung über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sowie die eigene berufliche Perspektive in der Region geben. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Region weist dabei für Gesamtdeutschland eine leicht negative Korrelation von $-0,32$ zu den Zweitstimmenanteilen der AfD auf. Diese fällt ebenfalls im Osten mit $-0,49$ stärker aus als im Westen ($-0,31$) (siehe Tabelle 3). Für die Zufriedenheit über die berufliche Perspektive in der eigenen Region ergibt sich eine errechnete Korrelation von $-0,46$ mit den AfD-Wahlergebnissen. Hier sind die Ergebnisse der Landesteile vergleichbar. Es ist auffällig, dass die objektiven Indikatoren, wie das Bildungsniveau, die Arbeitslosenquote oder der Anteil der Beschäftigten in energieintensiven Industrien, hier insignifikante oder nur schwache Korrelationen mit der subjektiven Einschätzung der Bevölkerung zeigen (siehe Tabelle 4).

Insgesamt lässt sich für die Einschätzungen der Dimension Wirtschaft feststellen, dass sich die Korrelationsstärken mit den AfD-Zweitstimmenanteilen im Westen zwischen der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Situation nur geringfügig unterscheiden, während im Osten deutlichere Unterschiede festzustellen sind. Hier scheint die allgemeine wirtschaftliche Situation und Entwicklung der Region einen größeren Einfluss auf die AfD-Wahlerfolge zu haben als die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und beruflichen Perspektiven. Darüber hinaus spiegeln viele der objektiven Indikatoren, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Lage und Zukunft der Kreise und kreisfreien Städte abzubilden, nur unzureichend die subjektive Einschätzung der Bevölkerung wider. Typische demografische Indikatoren wie Abwanderung und Altersstruktur bieten hier zumindest in Teilen stärkere Übereinstimmungen.

Subjektive Zufriedenheit in der Dimension Infrastruktur und Daseinsvorsorge

In der Dimension Infrastruktur und Daseinsvorsorge wurde die Zufriedenheit mit verschiedensten Bereichen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge abgefragt. Die Zusammenhänge bzw. Korrelationen zu den Zweitstimmenanteilen der AfD fallen dementsprechend unterschiedlich stark aus (vgl. Tabelle 3). Wie bereits bei der Dimension Wirtschaft lassen sich im Osten auch hier stärkere Koeffizienten als für die westlichen Kreise und kreisfreien Städte feststellen.

Die subjektive Einschätzung zur Aussage „Mein Wohnort verfügt über einen oder mehrere lebendige Ortszentren mit ausreichend Geschäften und Lokalen“ zeigt für Gesamtdeutschland eine negative Korrelation von $-0,46$ zu den Wahlergebnissen der AfD. Bei der separaten Betrachtung der Landesteile weist der Westen eine ähnliche Korrelation auf ($-0,45$), während im Osten mit $-0,66$ die insgesamt stärkste errechnete Korrelation auftritt. Somit verzeichnen kreisfreie Städte und Kreise mit geringeren Zufriedenheitswerten in diesem Bereich höhere Zweitstimmenanteile für die AfD. Eine gute Zentrenversorgung scheint mit der da-

mit einhergehenden Nahversorgung sowie dem Qualitätsmerkmal „Lebendigkeit“ insbesondere im Osten einen positiven Ausschlag für demokratiestützende Wahlergebnisse zu haben. Wie in Tabelle 4 abzulesen, korreliert die subjektive Zentrenzufriedenheit moderat mit der Bevölkerungsdichte ($0,63$). Insgesamt kann die abgefragte Zufriedenheit mit dem Vorhandensein lebendiger Ortszentren jedoch von keinem Indikator der Regressionsmodelle erfasst werden. Dies verdeutlicht den Mehrwert der zusätzlichen Berücksichtigung subjektiver Einschätzungen.

Auch die Zufriedenheit mit der ÖPNV-Qualität weist im Osten eine starke Korrelation ($-0,6$) mit den AfD-Wahlergebnissen auf, während im Westen diese nur moderat ausfällt ($-0,42$). Somit geht insbesondere im Osten eine geringere Zufriedenheit mit dem ÖPNV-Angebot mit höheren AfD-Wahlergebnissen einher. Im Abgleich mit den objektiven Indikatoren der Regressionsmodelle zeigen sich erwartbare positive Korrelationen mit der Bevölkerungsdichte und der Zufriedenheit mit der ÖPNV-Qualität (Tabelle 4). Der verwendete objektive Indikator der ÖPNV-Qualität, der den Anteil der Einwohner_innen angibt, die innerhalb von 1.000 Metern Luftlinie eine ÖV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag erreichen können, scheint insoweit geeignet, dass er moderate bis hohe Korrelationen zur subjektiven Einschätzung aufweist. Die Korrelationen mit den Indikatoren der Demokratiezufriedenheit im Rahmen der Regressionsmodelle waren jedoch überwiegend statistisch nicht signifikant.

Ein weiterer Zufriedenheitswert, der sowohl für das Gesamtbundesgebiet als auch für die separaten Landesteile stärkere Zusammenhänge mit den AfD-Zweitstimmenanteilen zeigt, ist die Bewertung der Fachärzt_innenversorgung. Eine positive Bewertung der Aussage „Die medizinische Versorgung mit grundversorgenden Fachärztinnen und Fachärzten in der Region ist gut“ korreliert negativ mit Koeffizienten von $-0,53$ für Gesamtdeutschland, $-0,55$ für den Osten und $-0,46$ für den Westen. Somit scheint eine höhere Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung durch Fachärzt_innen mit geringeren AfD-Wahlerfolgen einherzugehen. Der objektive Indikator Internist_innen je 100.000 Einwohner_innen korreliert insgesamt lediglich vernachlässigbar mit der subjektiven Einschätzung der Bevölkerung (siehe Tabelle 4). Insbesondere bei der separaten Betrachtung der Landesteile fällt er insignifikant aus. Hier scheint der Indikator, der auf eine Fachärzt_innengruppe abstellt, als Annäherungsmaß für alle Fachärzt_innen ungeeignet, um die Versorgung sowie deren Wahrnehmung adäquat abzubilden.

Weitere Bereiche der Daseinsvorsorge, wie die Zufriedenheit mit den regionalen Angeboten zur Freizeitgestaltung, Krankenhausversorgung, wohnortnaher Lebensmittelversorgung und der Internetversorgung, zeigen leichte negative Korrelationen mit den Zweitstimmenanteilen der AfD. Bei der Zufriedenheit mit den Betreuungsmöglichkeiten für bis unter Dreijährige und der wohnortnahen Schulversorgung zeigen sich geringere Korrelationsstärken (siehe Ta-

Übersicht ausgewählter Korrelationskoeffizienten zwischen subjektiven Einschätzungen des Gleichwertigkeitsberichts und objektiven Indikatoren der Regressionsmodelle

VARIABLE 1	VARIABLE 2	GESAMT	OST	WEST
Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation	Beurteilung der derzeitigen eigenen wirtschaftlichen Lage	0,31		0,24
	Arbeitslosenquote	-0,54		-0,49
	Kaufkraft	0,53		0,48
	Altenquotient	-0,56	-0,60	-0,70
	Wanderungssaldo	0,45	0,52	0,35
Zufriedenheit mit der eigenen beruflichen Perspektive in der Region	Schulabgänger_innen ohne Abschluss	-0,32	-0,31	-0,22
	Schulabgänger_innen mit Hochschulreife	0,14	0,31	0,12
	Arbeitslosenquote	-0,23		-0,18
	energieintensive Beschäftigte	-0,11		
Zufriedenheit mit Zentrenversorgung des Wohnorts	Bevölkerungsdichte	0,63	0,54	0,59
Zufriedenheit mit der ÖPNV-Qualität	Bevölkerungsdichte	0,66	0,60	0,7
	ÖPNV-Erreichbarkeit	0,68	0,70	0,69
Zufriedenheit mit grundversorgenden Fachärzt_innen in der Region	Fachärzt_innenbesatz	0,11		
summierte Zufriedenheitswerte aller GWB-Fragen (inklusive der Dimensionen Gesellschaft, Klima & Umwelt)	Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation	0,76	0,57	0,73
	Einschätzung der Lebensbedingungen im Vergleich zu anderen Regionen	0,74	0,41	0,71
	Einschätzung über die Zukunft der Region (eher mit Zuversicht oder eher mit Sorge)	0,72	0,59	0,7
	Einschätzung über die regionalen Voraussetzungen für Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen	0,65	0,69	0,63
	Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Region	0,67	0,68	0,67
	Zufriedenheit mit grundversorgenden Fachärzt_innen in der Region	0,60	0,62	0,55
summierte Zufriedenheitswerte der Daseinsvorsorge (Sicherheit, Kita, Schulen, Fachärzt_innen, Lebensmittel, ÖPNV, Internet)	Einwohnerdichte	0,45	0,60	0,37
	Zufriedenheit mit grundversorgenden Fachärzt_innen in der Region	0,72	0,65	0,75
	Zufriedenheit mit Krankenhausversorgung in der Region	0,75	0,70	0,77

Quelle: eigene Darstellung. Lesehilfe: Die Korrelationskoeffizienten (blau) geben die statistischen Zusammenhänge zwischen Variable 1 und Variable 2 jeweils für Gesamtdeutschland und getrennt für Ost- und Westdeutschland wieder. Ein Korrelationskoeffizient von 1 steht dabei für einen perfekten positiven statistischen Zusammenhang. Ein Wert von -1 steht für einen perfekten negativen Zusammenhang. Werte nahe 0 sagen aus, dass kein Zusammenhang zwischen beiden Variablen besteht. Statistisch nicht signifikante Koeffizienten sind in der Tabelle nicht dargestellt.

belle 3). Außerdem sind beide Zufriedenheitswerte bei der separaten Betrachtung der Landesteile insignifikant. Die geringe Signifikanz kann zum einen darin begründet sein, dass es insbesondere bei den Betreuungsmöglichkeiten historisch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt und beide Indikatoren zum anderen einen Bereich der Daseinsvorsorge umfassen, der nicht gleichermaßen relevant für die Gesamtbevölkerung sein dürfte.

Allgemeine subjektive Zufriedenheit

Unabhängig von der Zufriedenheit innerhalb der vorgestellten Dimensionen wurden in der Befragung des Gleichwertigkeitsberichts auch allgemeine Zufriedenheiten abgefragt. Dabei lassen sich für alle Befragungsergebnisse negative Korrelationen leichter Stärke feststellen (siehe Tabelle 3). Somit geht eine negativere Einschätzung mit

der eigenen derzeitigen Lebenssituation, den regionalen Lebensbedingungen sowie den regionalen Zukunftsperspektiven mit höheren AfD-Wahlergebnissen einher. Der höchste Korrelationskoeffizient findet sich im Osten bei der Einschätzung der Lebensbedingungen im Vergleich zu anderen Regionen (-0,46). Im Westen fällt dagegen mit einem Wert von -0,37 die Korrelation zur Einschätzung über die Zukunft der Region am höchsten aus. In beiden Landesteilen lässt sich die schwächste Korrelation zu den AfD-Zweitstimmenanteilen mit der Zufriedenheit über die eigene derzeitige Lebenssituation feststellen. Insgesamt muss jedoch auch festgestellt werden, dass die Korrelationsstärken eher gering ausfallen und die Wahlerfolge der AfD nur teilweise über die allgemeine subjektive Zufriedenheit erklärt werden können.

Über die einzelnen Zufriedenheitswerte der Fragen des Gleichwertigkeitsberichts hinaus gibt auch die Summe der subjektiven Einschätzungen einige interessante Hinweise auf die AfD-Wahlergebnisse (siehe Tabelle 3). Hierfür werden zum einen alle abgefragten Zufriedenheitsklassen (inklusive der Dimensionen Gesellschaft und Klima & Umwelt) sowie zum anderen die Zufriedenheitsklassen mit einem Bezug zu den Aspekten der Daseinsvorsorge⁸ summiert. Die Summe aller Zufriedenheitsklassen des Gleichwertigkeitsberichts zeigt einen negativen Zusammenhang zu den Zweitstimmenanteilen der AfD. Insbesondere im Osten zeigt sich, dass eine geringere Zufriedenheit über die im Gleichwertigkeitsbericht abgefragten Bereiche moderat mit größeren Wahlerfolgen der AfD einhergeht. Dies ist, wenn auch schwächer ausgeprägt, im Westen ebenfalls festzustellen. Im Gesamtergebnis korrelieren besonders stark die Zufriedenheit mit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der Region, die Zufriedenheit im Vergleich zu anderen Regionen und die Einschätzung über die Zukunft der Region mit der summierten Zufriedenheit. Dies deckt sich mit den Ergebnissen für den Westen. Dagegen scheinen im Osten diese Faktoren einen geringeren Einfluss auf die summierte Zufriedenheit zu haben, und die stärksten, wenn auch nur moderaten Korrelationen mit der summierten Zufriedenheit lassen sich für die Einschätzung über die Voraussetzung für Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen, die Einschätzung über die wirtschaftliche Entwicklung der Region sowie die Zufriedenheit mit der Fachärzt_innenversorgung feststellen. Für die summierten Zufriedenheitsklassen der Daseinsvorsorge lässt sich eine leicht negative Korrelation zu den Zweitstimmenanteilen der AfD feststellen. Diese ist im Osten (-0,47) geringfügig stärker ausgeprägt als im Westen (-0,44). Es ist auffällig, dass die summierte Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge im Osten deutlich stärker mit der Bevölkerungsdichte korreliert (siehe Tabelle 4). Dies lässt darauf schließen, dass hier die Stadt-Land-Unterschiede stärker ausgeprägt sind als im Westen. Bei den beitragenden GWB-Faktoren zeigt sich, dass besonders die Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung (Fachärzt_in-

nen und Krankenhäuser) von hoher Bedeutung für die Gesamtzufriedenheit mit Leistungen der Daseinsvorsorge zu sein scheint (vgl. Tabelle 4).

⁸ Sicherheitsempfinden, Zufriedenheit mit Kitas und Schulen, Fachärzt_innen, Krankenhausversorgung, Lebensmittelversorgung, ÖPNV-Angebot und Breitbandversorgung.

Fazit: Wie kann regionale Daseinsvorsorge zur Demokratiefestigung beitragen?

Die Ergebnisse der verschiedenen statistischen Analysen zeigen für Deutschland ein durchaus komplexes Verhältnis zwischen Elementen der Daseinsvorsorge, ungleichen Lebensverhältnissen und den Wahlerfolgen der AfD bzw. der allgemeinen Wahlbeteiligung. Wenig überraschend ist die AfD vor allem in Ostdeutschland stark und dort vor allem in ländlichen strukturschwachen Kreisen. Betrachtet man die Entwicklung der AfD-Stimmenanteile zwischen den Bundestagswahlen 2021 und 2025, so waren die Zugewinne zwar ebenfalls in Ostdeutschland am stärksten, aber auch in Westdeutschland konnte die Partei deutlich hinzugewinnen – und das nicht allein in strukturschwachen Kreisen und kreisfreien Städten, sondern auch in Räumen, die sich am ehesten der soliden (ländlichen) Mitte oder den wohlhabenden Umlandkreisen zuordnen lassen. Die Ergebnisse zur Wahlbeteiligung spiegeln die Ergebnisse zu den AfD-Zweitstimmenanteilen im Wesentlichen wider, wobei sich Veränderungen in der Wahlbeteiligung nur schwer durch die in dieser Studie verwendeten Indikatoren erklären lassen.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Dimensionen der Daseinsvorsorge wird deutlich, dass vor allem Indikatoren aus den Bereichen Information und Kommunikation (Breitbandausbau), Bildung (Schulabgänger_innen mit Hochschulreife) und Soziales (Kitabetreuungsquote) einen signifikanten Zusammenhang mit AfD-Stimmenanteilen und der Wahlbeteiligung aufweisen. Die Zusammenhänge mit den Bereichen Mobilität, Gesundheit, Sicherheit und Ordnung sind weniger eindeutig. Ein Abgleich der Regressionsergebnisse mit denen des Gleichwertigkeitsberichts der Bundesregierung ergibt allerdings, dass auch die subjektiv empfundene Zufriedenheit mit der Versorgung mit Fachärzt_innen und der ÖPNV-Qualität eine signifikant negative Korrelation mit AfD-Wahlergebnissen aufweist. Beim Daseinsvorsorgebereich Wohnen zeigt sich ein signifikant negativer statistischer Zusammenhang zwischen der Mietbelastungsquote und der Demokratieunzufriedenheit. Dies überschneidet sich mit der Tatsache, dass die Demokratieunzufriedenheit in struktur- und einkommensschwachen Räumen mit tendenziell niedrigeren Mietpreisen höher ist. Untersuchungen von Abou-Chadi et al. (2024) mit kleinräumigeren Daten konnten jedoch zeigen, dass ein Anstieg der Mietpreise in der unmittelbaren Nachbarschaft durchaus zu einem Anstieg von Stimmenanteilen von Rechtsaußenparteien führen kann.

Des Weiteren weisen unsere Regressions- und Korrelationsanalysen zum Teil deutliche Unterschiede in den erklären-

den Faktoren der Demokratieunzufriedenheit zwischen West- und Ostdeutschland nach. So tragen sozioökonomische Faktoren und der Breitbandausbau im Vergleich ostdeutscher Kreise und kreisfreier Städte deutlich weniger zur Erklärung von AfD-Stimmenanteilen bei als im Westen. Diese Ergebnisse der Regressionsanalyse bestätigen sich in den bivariaten Korrelationsanalysen der subjektiven Zufriedenheiten nur teilweise. Hier wurden in der Dimension Wirtschaft stärkere Zusammenhänge mit den AfD-Ergebnissen im Osten festgestellt. Unterschiede zwischen objektiv messbaren sozioökonomischen Indikatoren und der subjektiven Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation scheinen somit im Osten eine Rolle zu spielen.

Die Korrelationsanalysen auf Grundlage der Ergebnisse des Gleichwertigkeitsberichts zeigen zudem, dass die verfügbaren objektiven Indikatoren der Daseinsvorsorge die tatsächliche Zufriedenheit der Menschen vor Ort mit den unterschiedlichen Daseinsvorsorgekategorien in Teilen nur unzureichend abbilden. Dies wird insbesondere bei der Fachärzt_innendichte deutlich, die keine relevanten Zusammenhänge mit der subjektiven Bewertung der fachärztlichen Versorgung vor Ort aufweist. Andere im Gleichwertigkeitsbericht abgefragte Aspekte, wie das Vorhandensein lebendiger Ortszentren, können durch klassische regionalstatistische Indikatoren kaum erfasst werden, scheinen aber einen hohen erklärenden Gehalt bezüglich der räumlichen Ausprägung von Demokratie(un)zufriedenheit zu besitzen.

Wie also können Ansätze zur Stärkung der Daseinsvorsorge und allgemeine strukturpolitische Maßnahmen demokratiestützend eingesetzt werden und helfen, rechtspopulistischen und extremistischen Parteien wie auch Bewegungen den Nährboden zu entziehen? Auf Grundlage der oben dargelegten Ergebnisse lässt sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen ableiten:

- 1. Schulen und Bildungsinfrastrukturen stärken:** Der Anteil der Schulabgänger_innen mit Hochschulreife und mit Abstrichen auch der Anteil an Bildungsverlierer_innen ohne Schulabschluss zeigen sich in unseren Analysen als verlässliche Determinanten der Demokratie(un)zufriedenheit. Bildung ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die ökonomische Zukunftsfähigkeit von Regionen und die Zukunftsperspektiven der lokalen Bevölkerung, insbesondere politische Bildung trägt auch auf direktem Weg zur Erhöhung der Partizipation und zur Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber

- Populismus und Extremismus bei. Da der Bildungserfolg von Kindern stark vom Bildungsstand der Eltern abhängt, gilt es, Bildungseinrichtungen vor allem dort zu stärken, wo die Ausgangslagen nicht optimal sind. Gerade in altindustriellen oder ländlichen Regionen mit geringem Akademiker_innenanteil und in Regionen mit großen Integrationsherausforderungen bedarf es spezieller Programme und Angebote, um die Bildungschancen der Bevölkerung zu erhöhen.
2. **Infrastrukturen ausbauen:** Unsere Analysen zeigen eindeutige Zusammenhänge zwischen regionaler Demokratieunzufriedenheit und Defiziten in der Breitbandinfrastruktur. Auch die subjektive Zufriedenheit mit der ÖPNV-Versorgung korreliert deutlich mit den Wahlergebnissen. Infrastrukturelle Nachteile, gerade in ländlichen Räumen, beeinflussen also die Zufriedenheit der Bevölkerung mit bestehenden politischen Prozessen und Institutionen negativ. Investitionen in die Infrastruktur, die die Zukunftsperspektiven (insbesondere bezüglich Transformationsherausforderungen wie Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischem Wandel) und die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessern, können sich folglich langfristig demokratiestützend auswirken.
 3. **Ländliche Zentren stärken:** Die Zufriedenheit mit dem Vorhandensein lebendiger Ortszentren weist große räumliche Überschneidungen mit der Demokratieunzufriedenheit auf. In Regionen ohne lebendige Zentren wird häufiger für Rechtsaußenparteien gestimmt. Dies spiegelt sich auch in den signifikanten Unterschieden bezüglich der Demokratieunzufriedenheit zwischen ländlich und städtisch geprägten Kreistypen wider. Lebendige Ortszentren stehen nicht nur symbolisch für die Vitalität und Zukunftsfähigkeit von Regionen. Als Orte der Begegnung und des Austausches können sie auch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen. Deshalb gilt es, insbesondere mittelgroße und kleinere Städte in ihrer Funktion als Ankerpunkte der ländlichen Entwicklung (Danielzyk 2017) zu stärken und so die sozioökonomische und symbolische Prosperität peripherer Räume zu gewährleisten.
 4. **Wirtschaftliche Perspektiven schaffen:** Über die Relevanz der reinen Daseinsvorsorge hinaus zeigen unsere Analysen sehr deutliche Zusammenhänge zwischen den realen und empfundenen wirtschaftlichen Perspektiven von Regionen und der Demokratie(un)zufriedenheit auf. Auch aus demokratiestützender Perspektive sollte der Erhalt der ökonomischen Zukunftsfähigkeit strukturschwacher und/oder durch aktuelle und zukünftige Transformationsprozesse bedrohter Regionen also oberste Priorität besitzen. Dazu gehören unter anderem die Förderung von Investitionen in nachhaltige Arbeitsplätze, die Unterstützung von Start-ups ebenso wie von kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch umfassende Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme in von Strukturwandel betroffenen Regionen.
 5. **Demografische Balance verbessern:** Langfristige Abwanderung und demografische Schrumpfs- und Altersungsprozesse haben vor allem in ländlichen Regionen Ostdeutschlands Spuren hinterlassen, die bei vielen Menschen zu Gefühlen der Perspektivlosigkeit und Vernachlässigung und infolge zu großer Unzufriedenheit mit dem bestehenden demokratischen System geführt haben. Nun gilt es, die betroffenen Räume wieder attraktiver für jüngere Menschen zu gestalten. Dazu gehören neben der Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven und Infrastrukturinvestitionen, wie dem Ausbau der Breitbandversorgung und Kitabetreuung, auch aktive Rückkehrprogramme für junge Bildungswandernde und Berufseinsteiger_innen. Da das Bevölkerungswachstum in Deutschland heute und in Zukunft vor allem durch Zuwanderung aus dem Ausland getrieben sein wird (Heider et al. 2020), muss zudem die Attraktivität ländlicher Räume für internationale Migrant_innen gestärkt werden. Auch wenn die Zustimmung für Rechtsaußenparteien tendenziell in Regionen mit niedrigem Migrationsanteil höher ist, sollten Konfliktpotenziale ernst genommen und durch die gezielte Unterstützung von Kommunen, die mit großen Integrationsherausforderungen konfrontiert sind, eingedämmt werden. Dabei ist es zentral, die kommunale Handlungsfähigkeit und Finanzierung auch insgesamt in den Blick zu nehmen, beispielsweise durch die Lösung der Altschuldenproblematik und Entlastung bei Sozialausgaben durch den Bund.
 6. **Erfolge besser kommunizieren:** Unsere Analysen haben auch gezeigt, dass die empfundene wirtschaftliche Situation insbesondere in den ostdeutschen Kreisen und kreisfreien Städten oftmals nicht mit den objektiv messbaren sozioökonomischen Disparitäten übereinstimmt. Auch die im Disparitätenbericht von 2023 gezeigten Aufholerfolge während des vergangenen Jahrzehnts konnten die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit vieler Menschen im Osten nicht wesentlich verbessern. Die Demokratieunzufriedenheit hat weiterhin zugenommen. Daraus lässt sich schließen, dass die historischen Erfahrungen des wirtschaftlichen, demografischen und symbolischen Niedergangs vieler Regionen in Ostdeutschland die aktuelle sozioökonomische Lage und jüngere Erfolge überschatten. Neben effektiveren konventionellen Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Daseinsvorsorge und wirtschaftlichen Struktur braucht es deshalb auch neue bürger-nähere Kommunikationsstrategien, um die Partizipation und Selbstwirksamkeit der Menschen zu stärken und um die aktuell vorherrschenden Narrative des „Abgehängtseins“ durch neue positive Zukunftsbilder zu ersetzen.
- Bei all diesen Empfehlungen ist zu beachten, dass einzelne Maßnahmen zur Verbesserung der Daseinsvorsorge zwar demokratiestützend wirken können, aber niemals isoliert betrachtet und niemals allein zu diesem Zweck eingesetzt werden sollten. Die Gründe für mangelnde politische Partizipation, Demokratieunzufriedenheit und den Aufstieg

rechtsextremer Parteien sind vielseitiger und sowohl ökonomischer, sozialer als auch kultureller Natur. Sie lassen sich nicht allein auf regionaler Ebene verorten. Der Schutz der Demokratie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die viele Aspekte wie die Förderung des gesellschaftlichen Dialogs, die Schulung von Politik- und Medienkompetenz und gegebenenfalls rechtsstaatliche Mittel umfasst. Infrastrukturinvestitionen in strukturschwachen Regionen werden also als alleiniges Mittel nicht ausreichen, um demokratiefeindlichen Tendenzen den Nährboden zu entziehen. Die Verbesserung der regionalen Daseinsvorsorge und der Abbau von Disparitäten in den Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land, dynamischen und strukturschwachen Regionen ist aber ein wichtiger Baustein zur Herstellung (auch gefühlter) räumlicher Gerechtigkeit ebenso wie zur Gewährleistung von Partizipation und gesellschaftlichem Zusammenhalt über alle Teilregionen des Landes.

A: Dokumentation der Indikatoren

Tab. 5

	DEFINITION	QUELLE	BEZUGSJAHR
INDIKATOREN DER DASEINSVORSORGE			
INFORMATION & KOMMUNIKATION			
Breitbandausbau	Anteil der Privathaushalte mit einer Breitbandverfügbarkeit von ≥ 1.000 Mbit/s in Prozent	Gigabit Grundbuch der Bundesnetzagentur	2023
BILDUNG			
Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss	Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgänger_innen in Prozent	laufende Raumb Beobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2022
Schulabgänger_innen mit Hochschulreife	Anteil der Schulabgänger_innen mit Hochschulreife an den Schulabgänger_innen in Prozent	laufende Raumb Beobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2022
SOZIALES			
Pflegeheimplätze	verfügbare Plätze in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner_innen ab 65 Jahre	Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de	2022
Kitabetreuungsquote	Betreuungsquote von Kleinkindern unter 3 Jahren in Prozent	Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de	2022
Sportvereine	Sportvereine je 100.000 Einwohner_innen	Deutschlandatlas, Sportentwicklungsbericht, Deutsche Sporthochschule Köln (DSHS), Landessportbünde/Landessportverbände	2023
GESUNDHEIT			
Fachärzt_innenbesatz	Internist_innen je 10.000 Einwohner_innen	laufende Raumb Beobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2022
MOBILITÄT			
ÖPNV-Erreichbarkeit	Anteil Einwohner_innen mit max. 1.000 m Luftliniendistanz zur nächsten Haltestelle des ÖV mit mind. 20 Abfahrten am Tag	laufende Raumb Beobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2020
Pendelnde ≥ 50 km	Anteil der SV-Beschäftigten mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr am Wohnort in Prozent	laufende Raumb Beobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2019
SICHERHEIT UND ORDNUNG			
Straftaten	Straftaten insgesamt (Häufigkeitszahl (HZ): Fälle pro 100.000 Einwohner_innen)	PKS Bundeskriminalamt, 2023, V1.0	2023
WOHNEN			
Mietkostenbelastung	Anteil des Haushaltseinkommens, das pro Person für die Miete aufgewendet werden muss (Überlastungsquote)	eigene Berechnung mit Daten von empirica, Bertelsmann Stiftung und Regionalstatistik	2020, 2021, 2023

	DEFINITION	QUELLE	BEZUGSJAHR
KONTROLLVARIABLEN			
SOZIOÖKONOMIE			
Kaufkraft	Kaufkraft in Euro je Haushalt	Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de	2021
Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen in Prozent (Jahresdurchschnitt)	Statistik der Bundesagentur für Arbeit	2024
WIRTSCHAFT			
Industriequote	SV-Beschäftigte am Arbeitsort in der Industrie je 100 Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter in Prozent	laufende Raubeobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2021
energieintensive Beschäftigung	Anteil der SV-Beschäftigten in energieintensiven Industrien am Arbeitsort in Prozent	Statistik der Bundesagentur für Arbeit	2022
SOZIODEMOGRAFIE			
Altenquotient	ab 65-Jährige je 100 Pers. der AG 20–64	Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de	2022
Jugendquotient	unter 20-Jährige je 100 Pers. der AG 20–64	Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de	2022
Wanderungssaldo	Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner_innen	laufende Raubeobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	Mittelwert 2007–2022
Frauenanteil	Anteil der Frauen an der Bevölkerung in Prozent	laufende Raubeobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2022
Ausländer_innenanteil	Anteil der Ausländer_innen an der Bevölkerung in Prozent	laufende Raubeobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2022
Schutzsuchende	Anteil Schutzsuchender an der Bevölkerung in Prozent	laufende Raubeobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024 https://www.inkar.de/	2022
Bevölkerungsdichte	Einwohner_innen je km ²	laufende Raubeobachtung des BBSR; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder	2023

B: Wertebereiche der Indikatoren

Tab. 7

INDIKATOR	JAHR	WERTEBEREICH VON...BIS
Wahlbeteiligung	2025	71,1% (Bremerhaven) bis 88% (Ebersberg)
Zuwachs der Wahlbeteiligung	2021/2025	2,3%-P (Starnberg) bis 12,56%-P (Delmenhorst)
AfD-Zweitstimmenanteil	2025	6,9% (Münster) bis 46,8% (Hildburghausen)
Zuwachs AfD-Zweitstimmenanteil	2021/2025	4%-P (Mainz) bis 21,1%-P (Ludwigslust-Parchim)
Breitbandausbau	2023	16,8% (Altenkirchen (Westerwald)) bis 99,98% (Speyer)
Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss	2022	2% (Neumarkt i. d. OPf.) bis 15,2% (Stendal)
Schulabgänger_innen mit Hochschulreife	2022	9,5% (Amberg-Weilburg) bis 59,8% (Neustadt an der Weinstraße)
Pflegeheimplätze	2022	29,5 (Landsberg am Lech) bis 100,1 (Goslar)
Kitabetreuungsquote	2022	10,9% (Duisburg) bis 61,8% (Salzlandkreis)
Sportvereine	2023	35,2 (München) bis 285,3 (St. Wendel)
Fachärzt_innenbesatz	2021	0 (Südliche Weinstraße, Coburg) bis 3,8 (Schweinfurt)
ÖPNV-Erreichbarkeit	2020	15,8% (Lüchow-Dannenberg) bis 100% (u. a. Stuttgart, München ...)
Pendelnde \geq 50 km	2019	4,8% (Remscheid) bis 23,7% (Landsberg am Lech, Lüneburg)
Straftaten	2023	2.171 (Würzburg) bis 19.219 (Frankfurt (Oder))
Mietkostenbelastung	2020, 2021, 2023	12,7% (Erzgebirgskreis) bis 29,4% (Merzig-Wadern)
Kaufkraft	2021	34.741 Euro (Trier) bis 75.704 Euro (Starnberg)
Arbeitslosenquote	2024	2,3% (Bad Tölz-Wolfratshausen) bis 14,8% (Gelsenkirchen)
Industriequote	2021	0% (u. a. Flensburg, Bremen) bis 80% (Schweinfurt)
energieintensive Beschäftigung	2022	0,2% (Wolfsburg) bis 32,3% (Altöttingen)
Altenquotient	2022	24,2 (Frankfurt am Main) bis 61,3 (Suhl)
Jugendquotient	2022	23,2 (Würzburg) bis 37,8 (Cloppenburg)
Wanderungssaldo	2007–2022	-2,7 (Mansfeld-Südharz) bis 15 (Leipzig)
Frauenanteil	2022	48,7% (Dingolfing-Landau) bis 52,5% (Landau in der Pfalz)
Ausländer_innenanteil	2022	3,6% (Erzgebirgskreis) bis 39% (Offenbach am Main)
Schutzsuchende	2022	1,3% (Coburg) bis 23,6% (Saarlouis)
Bevölkerungsdichte	2023	35,6 (Prignitz) bis 4.868 (München)

C: Unstandardisierte Koeffizienten der Regressionsmodelle

Unstandardisierte Regressionskoeffizienten für die Regression mit den Zweitstimmenanteilen der AfD als abhängige Variable (* signalisiert die statistische Signifikanz des Koeffizienten auf einem Niveau von 5%)

Tab. 8

	GESAMT-DEUTSCHLAND	WEST-DEUTSCHLAND	OST-DEUTSCHLAND
Breitbandausbau	-0,00175*	-0,00261*	0,00045
Schulabgänger_innen ohne Abschluss	-0,0013	0,00164	0,00139
Schulabgänger_innen mit Hochschulreife	-0,00706*	-0,00684*	-0,01208*
Pflegeheimplätze	0,00094	0,00155	-0,00286*
Kitabetreuungsquote	-0,00697*	-0,00699*	-0,0033
Sportvereine	0,00041	0,00034	-0,0004
Fachärzt_innenbesatz	0,02772	0,04426	-0,06429*
ÖPNV-Erreichbarkeit	-0,00035	-0,0004	0,00043
Pendelnde \geq 50 km	-0,00377	-0,00172	-0,01416*
Straftaten	0	0	0,00001
Mietkostenbelastung	-0,01012*	-0,01145*	-0,01277
Kaufkraft	-0,00000*	0	-0,00001
Arbeitslosenquote	0,01976*	0,02053*	-0,00211
Industriequote	0,00216*	0,00207	-0,00247
energieintensive Beschäftigung	0,00166	0,00099	-0,00776
Ausländer_innenanteil	0,00463	0,0049	-0,01054
Altenquotient	0,00946*	0,00981	0,00466
Jugendquotient	0,00825	0,00838	0,00103
Wanderungssaldo	-0,00041	-0,00285	-0,00891
Frauenanteil	-0,09467*	-0,10111*	-0,02986
Schutzsuchende	0,00092	0,00193	0,023
Bevölkerungsdichte	-0,00004	-0,00003	-0,00007
kreisfreie Großstadt	1,45968*	1,53358*	1,09584*
städtischer Kreis	1,60453	1,67815*	1,29129
ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen	1,60958	1,66868	1,32699*
dünn besiedelter ländlicher Kreis	1,62762*	1,67561	1,36167*
Ostdeutschland	0,64105*		
Adj. R² (angepasstes R²)	0,847	0,626	0,891

Unstandardisierte Regressionskoeffizienten für die Regression mit der Veränderung der Zweitstimmenanteile der AfD als abhängige Variable (* signalisiert die statistische Signifikanz des Koeffizienten auf einem Niveau von 5%)

Tab. 9

	GESAMT- DEUTSCHLAND	WEST- DEUTSCHLAND	OST- DEUTSCHLAND
Breitbandausbau	-0,00134*	-0,00220*	-0,00041
Schulabgänger_innen ohne Abschluss	0,00335	0,00219	0,01232
Schulabgänger_innen mit Hochschulreife	-0,00466*	-0,00445*	-0,01176*
Pflegeheimplätze	0,00191*	0,00186*	0,00118
Kitabetreuungsquote	-0,00687*	-0,00735*	-0,00102
Sportvereine	0,0002	0,00017	-0,00127*
Fachärzt_innenbesatz	0,01464	0,02822	-0,00775
ÖPNV-Erreichbarkeit	-0,00168*	-0,00104	-0,00356
Pendelnde ≥ 50 km	-0,0021	-0,00254	-0,00493
Straftaten	0	0	0,00002
Mietkostenbelastung	-0,00832	-0,01207*	-0,01749
Kaufkraft	0	-0,00001*	0,00002*
Arbeitslosenquote	0,03731*	0,02506*	-0,00079
Industriequote	0,00138	0,00174	-0,00696
energieintensive Beschäftigung	0,00227	0,00108	-0,00721
Ausländer_innenanteil	-0,00086	-0,00192	-0,03599*
Altenquotient	0,00493*	0,01035*	-0,00821
Jugendquotient	0,00671	0,01451*	-0,04514*
Wanderungssaldo	0,00214	0,00197	-0,00522
Frauenanteil	-0,08880*	-0,10801*	0,00175
Schutzsuchende	0,0024	0,00122	0,04416
Bevölkerungsdichte	-0,00007*	-0,00004	-0,00017*
kreisfreie Großstadt	1,24314*	1,43348*	0,89342
städtischer Kreis	1,41414	1,59458*	1,03451
ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen	1,43566*	1,59555	1,04952
dünn besiedelter ländlicher Kreis	1,45972*	1,60675*	1,03807
Ostdeutschland	0,35762*		
Adj. R² (angepasstes R²)	0,784	0,735	0,774

Unstandardisierte Regressionskoeffizienten für die Regression mit der Wahlbeteiligung als abhängige Variable
 (* signalisiert die statistische Signifikanz des Koeffizienten auf einem Niveau von 5%)

Tab. 10

	GESAMTDEUTSCHLAND
Breitbandausbau	0,00011
Schulabgänger_innen ohne Abschluss	-0,00113*
Schulabgänger_innen mit Hochschulreife	0,00042*
Pflegeheimplätze	-0,00020*
Kitabetreuungsquote	0,00051*
Sportvereine	0
Fachärzt_innenbesatz	-0,00633*
ÖPNV-Erreichbarkeit	-0,00008
Pendelnde ≥ 50 km	-0,00024
Straftaten	-0,00000*
Mietkostenbelastung	0,00099
Kaufkraft	0,00000*
Arbeitslosenquote	-0,00764*
Industriequote	-0,00051*
energieintensive Beschäftigung	0,00003
Ausländer_innenanteil	-0,00294*
Altenquotient	-0,00126*
Jugendquotient	0,00011
Wanderungssaldo	-0,00024
Frauenanteil	0,00537*
Schutzsuchende	0,00062
Bevölkerungsdichte	0
kreisfreie Großstadt	0,85122*
städtischer Kreis	0,84533
ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen	0,84151
dünn besiedelter ländlicher Kreis	0,83834*
Ostdeutschland	-0,02540*
Adj. R² (angepasstes R²)	0,827

Unstandardisierte Regressionskoeffizienten für die Regression mit der Veränderung der Wahlbeteiligung als abhängige Variable (* signalisiert die statistische Signifikanz des Koeffizienten auf einem Niveau von 5%)

Tab. 11

	GESAMTDEUTSCHLAND
Breitbandausbau	0,00145
Schulabgänger_innen ohne Abschluss	0,01131
Schulabgänger_innen mit Hochschulreife	-0,00159
Pflegeheimplätze	0,00463*
Kitabetreuungsquote	-0,00205
Sportvereine	0,00195*
Fachärzt_innenbesatz	-0,00397
ÖPNV-Erreichbarkeit	0,00063
Pendelnde \geq 50 km	0,00099
Straftaten	-0,00001
Mietkostenbelastung	0,00932
Kaufkraft	-0,00001*
Arbeitslosenquote	0,07050*
Industriequote	-0,00067
energieintensive Beschäftigung	0,00195
Ausländer_innenanteil	0,00425
Altenquotient	-0,01167*
Jugendquotient	0,02037*
Wanderungssaldo	-0,00335
Frauenanteil	-0,01505
Schutzsuchende	-0,00341
Bevölkerungsdichte	-0,00008*
kreisfreie Großstadt	0,30158
städtischer Kreis	0,3899
ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen	0,40664
dünn besiedelter ländlicher Kreis	0,41462
Ostdeutschland	0,0478
Adj, R² (angepasstes R²)	0,429

Literaturverzeichnis

- Abou-Chadi, Tarik; Cohen, Denis; Kurer, Thomas (2024): Rental Market Risk and Radical Right Support, in: Comparative Political Studies, 00104140241306963.
- Best, Volker; Decker, Frank; Fischer, Sandra; Küppers, Anne (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (2024): Gleichwertigkeitsbericht 2024: Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland, Berlin.
- Brettschneider, Frank (2023): Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland, Stuttgart.
- Chamusca, Pedro (2024): Discontent, Populism, or the Revenge of the „Places That Don’t Matter“? Analysis of the Rise of the Far-Right in Portugal, in: Societies, 14 (6), S. 80.
- Danielzyk, Rainer (2017): Klein- und Mittelstädte als Ankerpunkte in ländlichen Räumen: Definitionen, Funktionen, Strategien, in: Neues Archiv für Niedersachsen: Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung 2 (2017), S. 11–15.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2023): Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie: Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern, EFBI Policy Paper No. 2023–2.
- Dehne, Peter (2019): Perspektivwechsel in der Regionalpolitik: Daseinsvorsorge als gesellschaftliche Aufgabe, in: Wirtschaftsdienst 99, S. 56–64.
- Diermeier, Matthias (2020): Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2020, 30 (4), S. 539–568.
- Dijkstra, Lewis; Poelman, Hugo; Rodríguez-Pose, Andrés (2020): The Geography of EU Discontent, in: Regional Studies 54 (6), S. 737–753.
- Elsässer, Lea; Schäfer, Armin (2021): Repräsentation und Responsivität: Wie die Zusammensetzung der Parlamente politische Entscheidungen beeinflusst, in: Korte, Karl-Rudolf; Florack, Martin (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 1–11.
- Essletzbichler, Jürgen; Disslbacher, Franziska; Moser, Mathias (2018): The Victims of Neoliberal Globalisation and the Rise of the Populist Vote: A Comparative Analysis of Three Recent Electoral Decisions, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 11 (1), S. 73–94.
- Gohla, Vera; Hennicke, Martin (2023): Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023, FES diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Gold, Robert; Lehr, Jakob (2024): Paying Off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior, Kiel Policy Brief No. 2.266, Kiel Institute for the World Economy, Kiel.
- Greve, Maria; Fritsch, Michael; Wyrwich, Michael (2023): Long-term Decline of Regions and the Rise of Populism: The Case of Germany, in: Journal of Regional Science 63 (2), S. 409–445.
- Heider, Bastian; Scholz, Benjamin; Siedentop, Stefan; Radzyk, Jacqueline; Rönsch, Jutta; Weck, Sabine (2023): Ungleiches Deutschland: sozioökonomische Disparitäten 2023 – wissenschaftlicher Hintergrundbericht, FES diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Heider, Bastian; Stroms, Peter; Koch, Jannik; Siedentop, Stefan (2020): Where Do Immigrants Move in Germany? The Role of International Migration in Regional Disparities in Population Development, in: Population, Space and Place 26 (8), e2363.
- Hövermann, Andreas (2023): Das Umfragehoch der AfD: Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspanel, WSI Report No. 92, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Hövermann, Andreas; Kohlrausch, Bettina; Voss, Dorothea (2021): Anti-demokratische Einstellungen – der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel, Forschungsförderung Policy Brief No. 007, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Kiess, Johannes; Dilling, Marius (2025): Das Kreuz mit den Öffentlichen: Wie das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 und die Qualität des lokalen Bus- und Bahnangebots zusammenhängen, Greenpeace, Hamburg.
- Klus, Sebastian (2013): Wohnen als Kernbereich der Daseinsvorsorge in der europäischen Stadt, in: Klus, Sebastian (Hrsg.): Die europäische Stadt unter Privatisierungsdruck, Wiesbaden, S. 75–106.
- Nyholt, Niels (2024): Left Behind: Voters’ Reactions to Local School and Hospital Closures, in: European Journal of Political Research 2024, 63 (3), S. 884–905.
- Oberle, Monika; Schwanzholz, Julia (2023): Demokratie ohne Wahlbeteiligung?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Ringwald, Roman; Schneider, Thomas; Cagan, Tom-Philipp (2019): Daseinsvorsorge und digitale Teilhabe sichern (Smart Cities gestalten), BBSR, Bonn.

Rodríguez-Pose, Andrés (2018): The Revenge of the Places that Don't Matter (and What to Do About It), in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 11 (1), S. 189–209.

Rodríguez-Pose, Andrés; Dijkstra, Lewis; Poelman, Hugo (2024): The Geography of EU Discontent and the Regional Development Trap, in: Economic Geography 100 (3), S. 213–245.

Schäfer, Armin (2023): Wer fehlt an der Wahlurne? Sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, FES diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Schroeder, Wolfgang; Weißels, Bernhard (2023): Radikaliert und etabliert: Die AfD vor dem Superwahljahr 2024, Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt am Main.

Stroppe, Anne-Kathrin; Jungmann, Nils (2022): Stadt, Land, Wahl: Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021?, In: easy social sciences 67, 6171.

Teidelbaum, Lucius (2017): Innere Sicherheit: Law & Order als Element rechtspopulistischer Politik bei der AfD, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden.

Weisskircher, Manès (2020): The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind „Populism“, in: The Political Quarterly 91 (3), S. 614–622.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Verteilung der Zweitstimmenanteile der AfD bei der Bundestagswahl 2025	7	Tab. 1	Sozioökonomische Disparitäten und Wahlergebnisse	10
Abb. 2	Zuwachs an Wähler_innenstimmen für die AfD	8	Tab. 2	Regionale Zukunftschancen und Wahlergebnisse	12
Abb. 3	Anteil der Wähler_innen an den Wahlberechtigten	8	Tab. 3	Übersicht der Korrelationskoeffizienten zwischen den Zweitstimmenanteilen der AfD (BTW 2025) und den subjektiven Einschätzungen des Gleichwertigkeitsberichts	23
Abb. 4	Zuwachs der Wahlbeteiligung	9	Tab. 4	Übersicht ausgewählter Korrelationskoeffizienten zwischen subjektiven Einschätzungen des Gleichwertigkeitsberichts und objektiven Indikatoren der Regressionsmodelle	25
Abb. 5	Die Disparitätenkarte 2023	10			
Abb. 6	Resilienz und Zukunftsfähigkeit 2023	12			
Abb. 7	Abhängige Variable: Stimmenanteile der AfD in Gesamtdeutschland	16			
Abb. 8	Abhängige Variable: Stimmenanteile der AfD in West- und Ostdeutschland	17			
Abb. 9	Abhängige Variable: Veränderung der Stimmenanteile der AfD in Gesamtdeutschland	18			
Abb. 10	Abhängige Variable: Veränderung der Stimmenanteile der AfD in West- und Ostdeutschland	19			
Abb. 11	Abhängige Variable: Wahlbeteiligung	21			
				Anhang A Dokumentation der Indikatoren Tab. 5 , S. 30; Tab. 6 , S. 31	
				Anhang B Wertebereiche der Indikatoren Tab. 7 , S. 32	
				Anhang C Unstandardisierte Koeffizienten der Regressionsmodelle Tab. 8 , S. 33; Tab. 9 , S. 34; Tab. 10 , S. 35; Tab. 11 , S. 36	

Die Autor_innen

Dr. Bastian Heider ist stellvertretender Leiter des Bereichs Geoinformation und Monitoring am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH Dortmund (ILS). Seine Forschungsschwerpunkte sind ungleiche räumliche Entwicklungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen und geostatistische Methoden.

Dr. Tessio Novack leitet den Bereich Geoinformation und Monitoring am ILS. Seine Forschung widmet sich den Schnittpunkten zwischen Geoinformatik, Geostatistik und der angewandten Stadtgeografie.

Benjamin Scholz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Geoinformation und Monitoring am ILS. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Indikatoren der Raumentwicklung und unterschiedlichen Aspekten des Geomonitorings.

Pauline Scheunert ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Geoinformation und Monitoring und in der Forschungsgruppe Transformation urbaner Räume und Urbanitäten am ILS. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen u. a. in der Analyse von Geodaten und der Entwicklung räumlicher Indizes.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger_innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

Weitere Veröffentlichungen

Was macht gutes Leben aus? Zum Zusammenhang von Daseinsvorsorge und Wohlbefinden

Analyse April 2025

<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21985.pdf>

Analyse der Bundestagswahl 2025 – Eine harte Niederlage mit einer doppelten Herausforderung für die Sozialdemokratie

Analyse Februar 2025

<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21862-20250226.pdf>

Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023

FES diskurs September 2023

<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20534-20240307.pdf>

Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019

<https://library.fes.de/pdf-files/fes/15400-20190528.pdf>

Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015

<https://library.fes.de/pdf-files/wiso/12390.pdf>

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter:

www.fes.de/publikationen



Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland

Die vorliegende Studie untersucht die Zusammenhänge zwischen Disparitäten regionaler Daseinsvorsorge und wachsender Demokratieunzufriedenheit in den 400 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands. Als Indikatoren der Demokratie(un-)zufriedenheit werden dabei die Zweitstimmenanteile der Rechtsaußenpartei AfD und die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2025 herangezogen. Die Analysen zeigen statistisch robuste Zusammenhänge zwischen einzelnen Indikatoren der Daseinsvorsorge wie Breitbandversorgung, Kinderbetreuung und Schulbildung und (wachsender) Demokratieunzufriedenheit. Sie deuten darauf hin, dass Investitionen in technische und soziale Infrastrukturen in ländlichen und/oder strukturschwachen Regionen sich langfristig positiv auf das Vertrauen in demokratische Institutionen und Parteien auswirken könnten. Die Ergebnisse weisen aber auch auf teils deutliche Abweichungen zwischen der von der lokalen Bevölkerung wahrgenommenen Qualität der Daseinsvorsorge und den verwendeten objektiven Indikatoren hin. Insofern dürften Infrastrukturinvestitionen als alleiniges Mittel kaum geeignet sein, das verlorene Vertrauen in die Demokratie wieder zurückzugewinnen.